



Michaela J. Hölz

Die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich

Großbritannien, Deutschland und Schweden

Michaela J. Hölz

Die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich

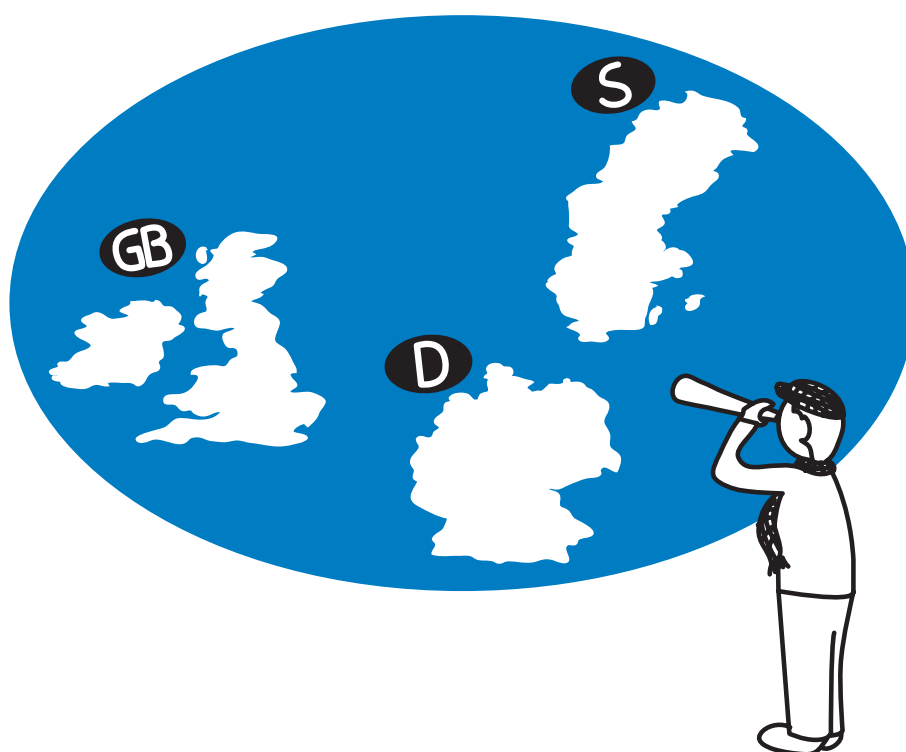
Großbritannien, Deutschland und Schweden

Inhalt

Zusammenfassung	3
Einleitung	5
Basis und Element zukunftsfähiger Politik: eine theoretische Fundierung	7
Drei Ländertypen: drei Staat-Markt-Verhältnisse	11
Zukunftsfähige Politik: zeitliche Dimensionen von Politikfeldern	31
Vorbilder identifizieren und den eigenen Kontext prüfen	38
Literatur	44
Die Autorin	53

Die Soziale Marktwirtschaft im internationalen Vergleich: Großbritannien, Deutschland und Schweden

Michaela J. Hölz



Zusammenfassung

Neben ökonomischen, ökologischen und demographischen Herausforderungen wirken kulturelle Wertemuster und normative Grundüberzeugungen auf jegliche Facetten gesellschaftspolitischer Ziele und Reformvorhaben. Es ist daher vonnöten, sich mit jenen Grundüberzeugungen und Wertemustern auseinanderzusetzen.

Kulturelle Wertemuster
wirken

Im Rahmen des Projektmoduls »Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft« der Bertelsmann Stiftung wird die Frage nach Zukunftsfähigkeit gestellt. Um diese zu beantworten, geht die Untersuchung den Weg über die kulturelle Einbettung.

Kulturelle Einbettung
beeinflusst Wirksamkeit
politischer Ziele

Die Grundannahme ist, dass kulturelle Einbettungen, wie etwa die Soziale Marktwirtschaft in Deutschland, die Wirksamkeit gesellschaftspolitischer Ziele und Reformen beeinflussen. Sobald politische Ziele und Reformvorhaben formuliert und durchgesetzt werden wollen, gilt es demnach zuerst Folgendes zu prüfen:

Zentrale Fragen

Wie sieht es mit der kulturellen Einbettung aus? Welche politischen Ziele beeinflussen die grundlegenden Normen? Welche Ziele können in welcher kulturellen Einbettung eher Fuß fassen, sind also ohne viel Mühen und Kommunikationsbedarf anschlussfähig? Welche Ziele müssen in welcher Einbettung mit starkem kulturell bedingten Gegenwind rechnen, benötigen also einen erhöhten Kommunikations- und Rechtfertigungsbedarf, um sie in die existierende kulturelle Einbettung einzuflechten?

Der Fragehorizont soll den politischen Akteuren bewusst machen, dass gerade solche Reformideen, die aus einem internationalen Vergleich kommen, anhand der kulturellen Einbettung zu analysieren sind. Dies soll weder der Pfadtreue den Weg ebnen noch Veränderungen, progressiven und innovativen Politiken im Wege stehen. Es verweist lediglich auf den Kommunikationsbedarf bei bestimmten Projekten.

Je weiter man sich von der kulturellen Einbettung entfernt, desto größer ist der Vermittlungsbedarf, um eine anschlussfähige und damit wirksame Politik betreiben zu können. Bei gelungener Kommunikation wird die kulturelle Einbettung interaktiv verändert und bietet neue Anschlussmöglichkeiten zukünftiger Politik.

Im Vergleich:
Großbritannien,
Deutschland, Schweden

Die Untersuchung fokussiert die (dynamische) kulturelle Einbettung von Großbritannien, Deutschland und Schweden. Mit Schweden und Großbritannien wurden zwei Volkswirtschaften ausgewählt, die grundsätzlich unterschiedliche Kapitalismusmodelle verkörpern.

Das Modell des liberalen Kapitalismus angelsächsischer Prägung mit Großbritannien als Beispiel hat als Kernelemente einen geringen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, sehr flexible Arbeitsmärkte und eine hohe Einkommensungleichheit.

Das skandinavische Modell mit Schweden hat zwar besonders seit Anfang der 90er Jahre erhebliche Veränderungen erlebt, weist aber immer noch einen hohen gewerkschaftlichen Organisationsgrad, geringe Lohn- und Einkommensungleichheit sowie einen aktiven Staat auf. Zwischen diesen zwei Polen befindet sich Deutschland mit seiner Sozialen Marktwirtschaft.

Blick über den Tellerrand

Der Blick über den Tellerrand, der auf die eigene und fremde Einbettung aufmerksam macht, kann inspirierend anregend oder kritisch abschreckend sein. Es können nicht nur Defizite und Vorteile der eigenen kulturellen Ein-

setzung erkannt werden, sondern es kann auch die Frage gestellt werden, von wem wir etwas lernen wollen. Wer kann und sollte Vorbild für Reformen und Zielformulierungen einer zeitgemäßen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sein?

Einleitung

Seit der Veröffentlichung von »Wohlstand für Alle« (Erhard 1957) vor 50 Jahren hat sich das Pro-Kopf-Einkommen in Deutschland mehr als vervierfacht. Damit wurde Wirtschaftspolitik nicht obsolet. Ganz im Gegenteil. Neue Ziele und Herausforderungen sind dazugekommen: Stichworte wie »Lebensqualität, Umweltschutz, öffentliche Armut, Gesundheit, Arbeitszufriedenheit und Stabilität sozialer Beziehungen« (Anderson und Woyke 2003: 562) sind in diesem Kontext zu nennen.

Alfred Müller-Armack, einer der Väter der Sozialen Marktwirtschaft, hat bereits 1960 »Die zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik« (Müller-Armack 1960a) gefordert, in der es um die geistige Fundierung der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gehen sollte.

Deutschland scheint in vielen Bereichen Müller-Armacks Anspruch gerecht zu werden und wird als »wohlfahrtsstaatliches Wunderland« (Jochem 2009: 154) bezeichnet, das für »seine Leistungen im internationalen Vergleich vielfach bewundert wurde« (von Beyme 2004: 404).

In den ökonomischen Krisen der 70er und frühen 80er Jahre stellte das »Modell Deutschland« (Scharpf 1987) seine Leistungsfähigkeit unter Beweis. Die deutsche Konsolidierungsfähigkeit in den 80er Jahren wurde als »bewundernswertes Zeugnis deutscher Reformpolitik« (Jochem 2009: 154) zur Kenntnis genommen.

Die selbst gesteckten Ziele im magischen Viereck fallen im internationalen Vergleich positiv auf: »In der Entwicklung des Bruttoinlandsprodukts und der Lebenshaltungskosten gab es bisher geringere Ungleichgewichte als in anderen Marktwirtschaften« (von Beyme 2004: 404).

Die deutsche Robustheit wird in der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise hoch geschätzt und scheint gegenüber anderen wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Wegen im Vorteil zu sein. Dieser wird von Beobachtern¹ oft mit der Variante des »sozialen Kapitalismus« (Kersbergen 2000) und der »Politik des mittleren Weges« (Schmidt 2001) in Zusammenhang gebracht.

Gesellschaftliche Ziele
und Institutionen
können sich wandeln

Deutschland:
wohlfahrtsstaatliches
Wunderland

1 In dieser Publikation wird keine durchgängig geschlechtergerechte Sprache verwendet. Mit »Beobachter«, »Politiker« etc. sind immer auch Frauen gemeint.

Die Bewunderung für das deutsche System führte in der Vergangenheit auch dazu, dass institutionelle Grundlagen des deutschen Modells wegweisend für die Ausgestaltung europäischer Institutionen waren. Die »Hegemonie der Geldstabilität« (Jochem 2009: 48) und die institutionelle Transformation dieses Politikziels in die Europäische Zentralbank ist wohl eines der markantesten Beispiele.

Geht es denn
noch besser?

Trotz aller international entgegengebrachten Bewunderung für das deutsche System wird in dieser Untersuchung die Frage gestellt: Ginge es nicht noch besser? Wie steht Deutschland im Vergleich zu anderen Staaten da, besonders in Bezug auf das weite Feld der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik? Wohin will sich unsere Gesellschaft entwickeln? Von wem wollen wir lernen? Was soll und darf aus der Vergangenheit mitgenommen werden? Was soll und darf sich in Zukunft ändern? Was sollte Neues dazukommen, auch an gesellschaftspolitischen Zielbildern?

Sich und andere besser
verstehen lernen

Anhand der »komplexen Arbeitsverschränkung« (Siegel und Jochem 2003b) zwischen Staat und Markt wird die vergleichende Perspektive eingenommen. Sowohl Staat als auch Markt werden je nach kultureller Einbettung, je nach Perspektive »als Problemlöser, aber auch als Problemverursacher, Nutzenstifter oder Kostenverursacher, leistungsfähiger Lastenträger oder als Bürde wahrgenommen« (Schmidt 2001: 34). Auf ähnlich gelagerte wirtschafts- und gesellschaftspolitische Herausforderungen wird hoch differenziert geantwortet. Nicht nur unterscheiden sich die politischen Problem-
analysen, sondern auch die Lösungswege sind je nach kultureller Einbettung verschieden.

Karl Marx zu den Vor-
und Nachteilen des
vergleichenden Blicks

Die kulturelle Bedingtheit ist das Lohnenswerte und das Inspirative an einem Vergleich. Gleichsam ist sie auch das Begrenzende. Dieser Umstand ist freilich nicht neu; schon im 19. Jahrhundert hat Karl Marx festgestellt: »Eine Nation soll und kann von anderen lernen. Auch wenn eine Gesellschaft dem Naturgesetz ihrer Bewegung auf die Spur gekommen ist, (...) kann sie naturgemäße Entwicklungsphasen weder überspringen noch wegdekretieren. Aber sie kann die Geburtswehen abkürzen und mildern« (Marx 2006 [1848]: 12).

Wie wollen wir in die Zukunft gehen? Der Blick über den eigenen Teller-
rand zeigt, wo wir und wo andere stehen. Erst danach kann entschieden werden, welches Land mit welchen Institutionen und Zielen als Vorbild dienen soll und welche kulturellen Veränderungen damit verbunden sind.

Basis und Element zukunftsfähiger Politik: eine theoretische Fundierung

Analytische Trennung von internen und externen Institutionen

Zwei Institutionen können unterschieden werden: interne und externe. Diese Unterscheidung geht auf Daniel Kiwit und Stefan Voigt zurück (Kiwit und Voigt 1995, ähnlich auch Ostrom 1986 und Nelson 1995).

Die internen Institutionen umfassen das »Verhalten regulierende und Erwartungssicherheit erzeugende soziale Regelsystem« (Czada 1995: 208). Sie spiegeln die »Grundannahmen und Grundwerte über die politische Welt und politische Ordnung« (Rohe 1994: 1) wider. Sie sind Orientierungsleitlinien für gesellschaftliches Handeln und bestimmen ganz wesentlich das soziale Zusammenleben.

Werte, Zielvorstellungen und politische Leitideen können, so weich sie auch klingen mögen, bei politischer Nichtbeachtung durchaus folgenreich sein. Etwa indem eine Regierung ihre Reformvorhaben nicht anschlussfähig kommuniziert und von den Wählern bei der nächsten Wahl abgestraft wird.

Die externen Institutionen sind mit dem politischen Institutionen-Begriff kompatibel, der auf die Befriedigung sozialer Bedürfnisse verweist. Die Herstellung und Verteilung öffentlicher Güter geht in der Regel mit Interessengegensätzen einher, die nicht allein durch die weichen, internen Institutionen bewältigt werden können. Es sind diese harten, externen Institutionen, die in einer Gesellschaft zwingend notwendig sind.

Beide institutionellen Ebenen sind wechselseitig aufeinander bezogen. Sobald Veränderungen auf der einen Seite stattfinden, wird die andere Seite irritiert – wie sie darauf reagiert, ist in der Logik der jeweiligen Institution angelegt.

Mit der analytischen Trennung von internen und externen Institutionen wird die Interdependenz beider Institutionen deutlich: Für die Persistenz des politischen Systems ist es zumindest mittelfristig notwendig, dass eine Entsprechung von internen und externen Institutionen stattfindet. Die Neigung oder Einstellung einer Bevölkerung (interne Institution) muss bestimmte Merkmale aufweisen, damit ihre externen Institutionen adäquat arbeiten können (so auch Easton 1965; Eckstein 1966; Diamond 1994; Plasser und Pribersky 1996; Diamond, Platter und Yun-Han 1997; Mishler und Rose 1997).

Die Wichtigkeit von externen Institutionen wird im akteurszentrierten Institutionalismus von Renate Mayntz und Fritz Scharpf sowie dessen Erweiterung um den politisch-institutionalistischen Ansatz von Manfred G. Schmidt deutlich. Die externen Institutionen, angefangen beim Regierungssystem bis hin zu einzelnen Gesetzen, sind das harte Gerüst einer Gesellschaft, auf das nicht verzichtet werden kann.

Beide politikwissenschaftlichen Ansätze haben auf das dynamische Zusammenspiel von internen und externen Institutionen verwiesen (Scharpf und Schmidt 2000a: 17): »Auf Basis des kulturell bedingten Regulierungsver-

Interne Institutionen:
weicher, aber
folgenreicher Kern

Externe Institutionen
als hartes Gerüst

Interdependenz
zwischen Gerüst
und Kern

ständnisses« (interne Institution), das auf einem bestimmten Staat-Markt-Verhältnis beruht, wird »der Zugang zur Versorgung von sozialen Leistungen geschaffen« (externe Institution).

Interdependenz lässt
Pfadabhängigkeit
entstehen

Das Zusammenspiel von kulturell bedingtem Regulierungsverständnis (interne Institution) und dem Zugang zur Versorgung sozialer Leistungen (externe Institution) bildet »Kristallisationspunkte« (Jochem 2009) in einer Gesellschaft: Besitzzustände verfestigen sich. Ein Politikerbe entsteht, »das die Veränderbarkeit historischer Pfade einschränkt« (Schmidt 2003: 240).

Kulturelle Einbettung als weicher Kern – der sich hart auswirken kann

Interne Institution als
kulturelle Einbettung

Im Mittelpunkt der vorliegenden Untersuchung stehen die weichen, »schwerer fassbaren« (Zimmermann 2002) internen Institutionen. Sie werden im Folgenden als kulturelle Einbettung thematisiert. Der Begriff der kulturellen Einbettung – Douglass North hat sie als »mentale Modelle« (Denzau und North 1994) bezeichnet – lehnt sich an die soziologische und kulturanthropologische Semantik der Institution an.

Der Begriff der kulturellen Einbettung bezieht sich auf die Regelmäßigkeit sozialen Handelns und wird damit nicht nur zum gesellschaftlichen Instinktansatz, der der Stabilisierung menschlichen Verhaltens dient, sondern strukturiert auch gesellschaftliche Problemwahrnehmung und ihre Bewältigung (Gehlen 1995).

Hofstede

Die kulturelle Einbettung, allen voran die darin enthaltenen Werte, bilden den weichen »Kern« (Hofstede 2006: 8) und drücken sich in der allgemeinen gesellschaftspolitischen Neigung aus, bestimmte Umstände anderen vorzuziehen, etwa in der Neigung der britischen Bevölkerung, eine hohe Einkommensspreizung einer höheren Umverteilung vorzuziehen (Taylor-Gooby und Martin 2008: 3 f.).

Parsons

Nach Talcott Parsons kann Gesellschaft nur auf Dauer funktionieren, wenn sie durch einen gemeinsamen Wertekanon zusammengehalten wird (Parsons 1968). Der Wertekanon ist wesentlicher Teil der kulturellen Einbettung, da er Kontinuität und somit Beständigkeit garantiert. Mit Parsons gesprochen streben die politischen Akteure die Implementierung eines gemeinsamen Wertekanons an, um Motivation aufzubauen, Rollen- und Positionszuweisungen vorzunehmen, Ziele anschlussfähig und damit wirksam zu machen, negative Abweichungen zu sanktionieren und moralische Anforderungen einzubauen. Die kulturelle Einbettung stellt damit einen Komplex von Rollen- und Statusbeziehungen dar, die vergleichbare Muster aufweisen.

Luhmann

Im Sinne von Niklas Luhmann ist die kulturelle Einbettung »Komplexitätsreduzierer« (Luhmann 1984), die ein Konglomerat von (potenziellen) Handlungsräumen und Beziehungsmustern für die Gesellschaft überschaubarer und strukturierter erscheinen lässt. Sie wirkt »von innen her« (Schmidt

2004) und stellt Schranken und Chancen für gesellschaftspolitisches Handeln dar, indem sie Handlungs- und Reformkorridore beeinflusst.

Die kulturelle Einbettung wirkt sich auf das individuelle und kollektive Wollen, Können und Handeln aus. Sie steckt gleichzeitig das Spektrum der wahrnehmbaren und verfügbaren Handlungsoptionen sowie der sozialen Lernprozesse ab: Komplexität wird reduziert, damit sie kulturell anschlussfähig bewältigt werden kann.

Zukunft bleibt damit zwar Kontingent, aber sie verliert durch die kulturelle Einbettung, durch die bestehenden Komplexitätsreduzierer in einer Gesellschaft, ihre Beliebigkeit. Die Wahrscheinlichkeit ist hoch, dass auf Altbekanntes und Bewährtes innerhalb der Einbettung zurückgegriffen wird: Pfadabhängigkeit entsteht. Der Organisationsforscher Peter Senge spricht in diesem Kontext davon, dass »die Lösungen von gestern die Probleme von morgen sein können« (Senge 1996: 258). Dies ist ein wesentlicher Teil der Problematik im Zusammenhang mit kultureller Einbettung.

Die Gefahr der Reproduktion gestriger Lösungen, die der kulturellen Einbettung eigen ist, wird auch als das »Ikarus-Paradox« (Miller 1990, 1992) beschrieben: Die Faktoren, die für den bisherigen Erfolg verantwortlich waren, scheinen nun diejenigen zu sein, die das langfristige Scheitern vorbereiten. Die politische Herausforderung ist damit klar: nicht nur gesellschaftspolitisch integrativ und anschlussfähig zu sein, sondern auch innovativ und zukunftsfähig.

Zukunft verliert durch kulturelle Einbettung ihre Beliebigkeit

Ikarus-Paradox als politische Herausforderung

Ziele als wesentliches Moment zukunftsfähiger Politik

Zukunftsfähige und innovative Politik ist stark von politischen Zielformulierungen beeinflusst. Wenn politische Ziele formuliert werden, ist zu fragen: Inwiefern ist das Ziel mit dem, was als kulturelle Einbettung in der Gegenwart vorhanden ist, anschlussfähig, also kompatibel?

Die zeitliche Dimension, die bei politischen Zielen mitschwingt, ist Zukunft. Ziele kommen zwar aus der Gegenwart, aber verweisen auf Zukunft, in der sie realisiert werden wollen und sollen. Hingegen ist die kulturelle Einbettung vergangenheits- und gegenwartsbezogen, das Zukünftige steckt in ihr lediglich in Form von Erwartungshorizonten.

Sobald Ziele anschlussfähig umgesetzt sind, prägen sie die kulturelle Einbettung. Damit sind kulturelle Einbettungen nicht als abstrakte, vergangenheitsbasierte Institutionen gesellschaftlich vorgegeben, sondern können von individuellen und kollektiven Akteuren durch anschlussfähige, auf Zukunft verweisende Ziele beeinflusst und weiterentwickelt werden (Merkel 2007b: 251). Daraus ergibt sich eine zentrale Schlussfolgerung:

Robert Putnams These der »Akkumulation sozialen Kapitals« (Putnam 1993) kann umgedreht werden. Sobald gesellschaftspolitische Ziele durch anschluss-

Politische Ziele müssen anschlussfähig sein

Wertewandel sind möglich und politisch beeinflussbar

fähige Kommunikation wirksam werden, reizen sie nicht nur an zum Handeln, sondern wirken wiederum auf ihre kulturelle Einbettung ein. Wenn dies stimmt, dann hat Politik nennenswerte Gestaltungsräume. Dann kann durch das Design von Zielen, Reformideen und deren Umsetzung beeinflusst werden, welche Normen in einer Gesellschaft gelebt und welches individuelle Verhalten an den Tag gelegt werden soll (North 1990; Rothstein 1998: 135).

Kulturelle Einbettung als
Realitätscheck für
Reformideen

Die Frage der Umsetzbarkeit bzw. der Anschlussfähigkeit von Reformideen kann neu gestellt werden: Welche politischen Ziele beeinflussen die grundlegenden Normen? Welche Ziele können in welcher kulturellen Einbettung eher Fuß fassen, sind also ohne viel Mühe und Kommunikationsbedarf anschlussfähig? Welche Ziele müssen in welcher Einbettung mit starkem kulturell bedingten Gegenwind rechnen, benötigen also einen erhöhten Kommunikations- und Rechtfertigungsbedarf, um sie in die existierende kulturelle Einbettung einzuflechten?

Der Fragehorizont soll nicht die Reformfähigkeit insgesamt infrage stellen, jedoch den politischen Akteuren bewusst machen, dass gerade solche Reformideen, die aus einem internationalen Vergleich kommen, anhand der kulturellen Einbettung zu analysieren sind.

Am Verhältnis Staat – Markt wird die kulturelle Einbettung deutlich

Die Beschäftigung mit der kulturellen Einbettung einer Gesellschaft kann anhand der »facettenreichen Arbeitsverschränkungen« (Siegel und Jochem 2003b) zwischen Staat und Markt ihren Anfang finden. Anhand der Dichotomie von Staat und Markt lassen sich nicht nur Rückschlüsse auf die kulturelle Einbettung ziehen, sondern auch auf die formulierten Ziele der kollektiven oder individuellen politischen Akteure.

Je nach kultureller
Einbettung:
unterschiedliche
Staat-Markt-Verhältnisse

Je nach kultureller Einbettung werden Diskurse um Problemanalysen und mögliche Lösungswege unterschiedlich bewertet und geführt: Mancher Demos bevorzugt stets den schlanken Staat und den starken Markt – dies gilt vor allem für die angelsächsischen Länder. Andernorts gilt ein sozialpolitisch potenter Staat mehr, etwa in den kontinentaleuropäischen und skandinavischen Ländern (Schmidt 2001: 8). Dies hängt wiederum mit unterschiedlichen Menschenbildern und Verantwortungszuweisungen (Individuum, Familie und/oder Gemeinschaft) zusammen.

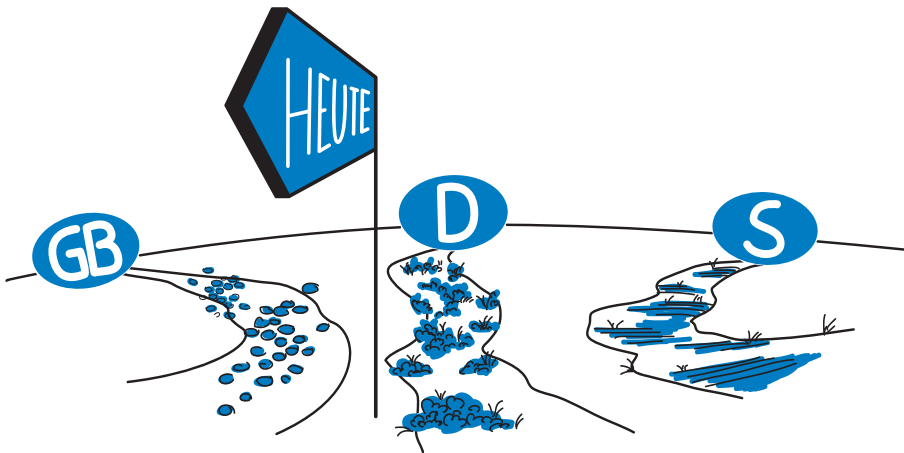
An der Grenze zwischen Staat und Markt wird die kulturelle Einbettung sichtbar: Nicht nur wirkt die Sozialpolitik als »integrative Kraft« (Schönig und Theisen 2002: 44) zwischen den Sphären Staat und Markt, sondern es sind auch die »neuen Bürger« (Kocka 2010), die Zivilgesellschaft und die neue Subsidiarität, die eine Brücke zwischen Staat und Markt bauen.

Je nach kultureller Einbettung ist es also eher die Sozialpolitik, die Zivilgesellschaft oder die neue Subsidiarität, die als integrative Kraft zwischen Staat

und Markt steht. Die Voraussetzungen und Konsequenzen dieser heterogenen Grenzpolitik zwischen Staat und Markt werden im folgenden, vergleichenden Kapitel deutlich.

Klammer zwischen Staat und Markt kann vielerlei sein

Drei Ländertypen: drei Staat-Markt-Verhältnisse



Die Studie wählt Volkswirtschaften im Vergleich zu Deutschland aus, die grundsätzlich verschiedene Kapitalismusmodelle verkörpern. In den politischen Wissenschaften hat sich die Etablierung sogenannter Länderfamilien »weiträumig durchgesetzt« (Siegel und Jochem 2003a: 356), die entlang ihrer gemeinsamen Staat-Markt-Beziehungen gruppiert werden.

Ausgangspunkt für Vergleich: unterschiedliche Staat-Markt-Verhältnisse

»Worlds of Welfare Regimes« (Esping-Andersen 1990, 1999 und für eine Erweiterung der Systematik Korpi und Palme 1998), »Families of Nations« (Castle 1993, 2004) oder »Varieties of Capitalism« (Hall und Soskice 2001; Hall und Gingerich 2004) sind Ansätze, die die Vielfalt und Komplexität der Politik zwischen Staat und Markt mit den dahinterstehenden sozialpolitischen Leitkonzeptionen zu Typologisierungszwecken reduzieren. Die konzeptionelle Länderfamilien-Perspektive ermöglicht eine Gesamtschau im internationalen sowie im temporalen Vergleich: Das »Gravitationszentrum« (Siegel 2002: 349) der Grenzziehung zwischen Staat und Markt wird dabei erfasst.

Gravitationszentrum zwischen Staat und Markt wird erfasst

Die Untersuchungen von Gosta Esping-Andersen bilden den wohl einflussreichsten Ansatz für die Beobachtung von Staat-Markt-Dichotomien. Er fokussiert die Aufgabenverteilung und Grenzziehung zwischen Staat und Markt in der Sozialpolitik und ermöglicht den Blick auf die dahinterliegende kulturelle Einbettung.

Einflussreichster Ansatz von Esping-Andersen

Anhand der nordischen Länder zeigt Esping-Andersen, wie die Arbeiterbewegungen in Dänemark, Norwegen und Schweden die Einflüsse des kapi-

talistischen Marktes zurückdrängten und staatliche Absicherungsprogramme auch gegen die Imperative des Marktgeschehens institutionalisieren konnten (Esping-Andersen 1985). Da seine Typologisierung vielerorts zitiert wurde, muss sie im Einzelnen nicht noch einmal entwickelt werden (Wilensky 1985; Esping-Andersen 1990; Pierson 2000).

Drei grundlegende Typen

Die grundlegende Arbeitsteilung zwischen Staat und Markt eröffnet nach Esping-Andersen (1990, 1999) die Möglichkeit, drei »Regime«, die im Folgenden »Typ« genannt werden, zu unterscheiden:

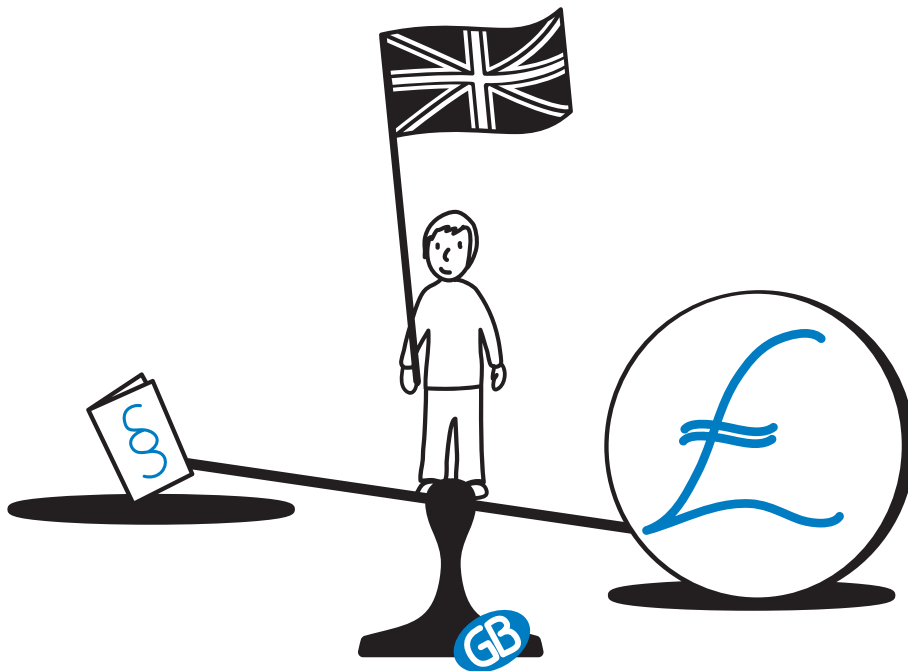
- den marktzentrierten, angelsächsischen Ländertyp – grundlegende Elemente sind individuelle Verantwortung, Marktmechanismen, hohe Anspruchsvoraussetzungen, niedriges Leistungsniveau. Die USA, Großbritannien, Irland, Schweiz, Australien, Kanada und Japan sind repräsentative Länder dieses Typs;
- den organisierten, kontinentaleuropäischen Ländertyp – grundlegende Elemente sind das Versicherungssystem, soziale Differenzierung, mittlere Anspruchsvoraussetzungen, höheres Leistungsniveau, Subsidiarität. Deutschland, Frankreich, die Niederlande, Belgien und Österreich sind repräsentative Länder dieses Typs;
- der staatszentrierten, skandinavischen Ländertyp – grundlegende Elemente sind das Versorgungsprinzip, universell und steuerfinanziert, niedrigere Anspruchsvoraussetzungen, höhere Leistungen, besonders im ausgebauten Bereich sozialer Dienste. Schweden, Finnland, Dänemark und Norwegen sind repräsentative Länder dieses Typs.

Jeder Typ hat grundlegende, auch historisch bedingte Gemeinsamkeiten im Staat-Markt-Verhältnis, das Aufschluss über die jeweilige kulturelle Einbettung gibt. In den Ländern des angelsächsischen Typs existiert eine vergleichsweise schwache Arbeiterbewegung. Die Länder des kontinentaleuropäischen Typs haben eine stärker katholische und absolutistische Reformtradition, die sich auf die politischen Mobilisierungs- und Solidarisierungsprozesse in der Arbeiterschaft auswirkte. In den Ländern des skandinavischen Typs gab es eine ausgeprägte Arbeiterbewegung, die zu einer starken sozialdemokratischen Orientierung seit den 50er Jahren beitrug.

Der marktzentrierte Ländertyp: eine angelsächsische Einbettung

Der geizige Staat: Grundsicherung auf niedrigem Niveau

Nach Esping-Andersen sind die USA der Prototyp des angelsächsischen Typs. Die Schweiz, Australien, Kanada, Japan, Irland und Großbritannien sind dabei enge Familienangehörige. Anhand der komplexen und »facettenreichen« (Siegel und Jochem 2003b) Arbeitsverschränkungen zwischen Staat und Markt



lässt sich beobachten, dass sich diese Ländergruppe auszeichnet durch ein »political commitment to minimize the state, to individualize risks, and to promote market solutions« (Esping-Andersen 1999: 74 f.).

Die Folge ist eine geringe Generosität staatlicher Absicherung, die von Esping-Andersen (1990, 1999) als »niedriger Dekommodifizierungsgrad« bezeichnet wird. Die Bürgerinnen und Bürger sind stark vom Marktmechanismus abhängig und der Staat beschränkt sich »auf die Gestaltung von Rahmenbedingungen« (Sesselmeier und Somaggio 2009: 10) für den Markt.

Staatliche Unterstützung ist hier in den meisten Fällen universell ausgeprägt: Es existieren mindestsichernde Elemente der sozialen Unterstützung für alle Betroffene. Jedoch ist die universelle soziale Unterstützung sowie das gesamte soziale Sicherungssystem durch strenge Bedürftigkeitsprüfungen (»needtests«) und eigenverantwortliche Vorsorgeleistung charakterisiert.

Von staatlicher Seite wird die Förderung privater Absicherungssysteme gegen Arbeitsmarktrisiken aktiv gefördert. Die vermögende Mittelschicht wird durch niedrige Steuern in die Lage versetzt, privat auf hohem Niveau vorzusorgen. Damit wird eine möglichst niedrige Kostenintensität für den Staat erzielt: Es dominiert die Marktlogik. Der Staat ist hingegen eher residual tätig – ein Grund für das vergleichsweise niedrige Staatsausgabenniveau.

Für darüber hinausgehende, ehrgeizigere und sozialreformerische Vorhaben, wie die Institutionalisierung möglichst generöser Sozialrechtsstandards oder eine staatlich veranstaltete Vollbeschäftigungspolitik, ist im angelsächsischen Typ »kein Platz« (Siegel 2002: 346). Letztlich geht es hier immer

Der geizige angelsächsische Staat

Jeder soll sich selbst versorgen

um »Armutspolitik ohne Anspruch an weitergehende gesellschaftliche Umverteilung« (Lütz 2004: 26). Wolfgang Merkel beschreibt diese Gruppe folgerichtig als die der »marginalen angelsächsischen Sozialstaaten« (Merkel 2007b: 234).

Ein weiteres und markantes Merkmal dieses Typs sind die »überaus flexiblen Märkte« (Sesselmeier und Somaggio 2009: 10). Güter- und Finanzmarkt sind kaum reguliert, der Preismechanismus koordiniert die wirtschaftlichen Aktivitäten. Hohe Lohnflexibilität und eine große Einkommensspreizung sind die Folge.

Großbritannien: Musterschüler für marktorientierte Lösungen

In der Regel können sich die Anhänger der bürgerlichen oder liberalen Parteien eher für den angelsächsischen Typ begeistern. In Europa sticht vor allem Großbritannien in dieser Diskussion hervor. Das Land hat bei der Industrialisierung wie auch bei der Handelsliberalisierung eine Pionierrolle übernommen. Entsprechend entwickelten sich hier erste Elemente einer sozialstaatlichen Ordnung früher und in anderer Form, als dies etwa bei den skandinavischen oder kontinentaleuropäischen Nachbarn der Fall war (Krell 2006: 130).

Klarer Vorrang
des Marktes
gegenüber dem Staat

Historisch betrachtet dominieren im britischen Verhältnis von Staat und Markt marktorientierte Lösungen, verbunden mit einem Universalismus, bei dem staatliche Sicherungssysteme auf niedrigem Niveau einen Grundschutz garantieren. Die öffentliche Sozialpolitik richtet sich primär auf die Bekämpfung von Armut.

Margret Thatchers Reformpolitik (1979–1990) reduzierte die staatliche Rolle sogar noch weiter, als dies in der kulturellen Einbettung angelegt war. »The Constitution of Liberty« von August Friedrich von Hayek hat Margret Thatcher ihrem Planungsstab auf den Schreibtisch gelegt mit dem beiläufigen Kommentar: »This is what we believe« (Ranelagh 1991: 104). Die Folge dieser Politik waren weitreichende Deregulierung, vielfältige Privatisierungen sowie aufgrund »sinkender Lohnersatzleistungen zunehmende Armut« (Rhodes 2001: 169).

Umfassender
Individualisierungsschub
seit den 80ern

Ein »umfassender Individualisierungsschub« (Sturm 2009: 295) ist seit den 80er Jahren zu beobachten, der die britische Zivilgesellschaft dem harten Test eines rigorosen Kosten-Nutzen-Denkens aussetzt. Margret Thatcher maß den »Viktorianischen Werten« (Weisbrod 1987) eine entscheidende Bedeutung zu: Nicht der Postmaterialismus mit seinen Wachstumszweifeln sollte von dem Einzelnen Besitz ergreifen, sondern ein Wertesystem, das sich auf »harte Arbeit, Sparsamkeit, Verantwortungsbereitschaft, Erfinderreichtum, Pflichtgefühl und eine Abneigung gegen die wirtschaftsschädlichen Gewerkschaften« (Sturm 2009: 295) bezieht.

In der Regierungszeit Tony Blairs (1997–2007) wurden nur wenige Reformen der konservativen Regierung Thatcher zurückgenommen. Die Akzeptanz egoistischer Werthaltungen ist nach Thatcher »sogar gewachsen« (ebd.). Trotz anfänglicher, dem Kommunitarismus entlehnter Wir-Rhetorik hat Blair an den viktorianischen Tugenden als gesellschaftlicher Norm festgehalten.

Der Vorrang des Marktes gegenüber dem Staat blieb also erhalten: Deregulierte Arbeitsmärkte, verbunden mit einer geringen Rolle organisierter Sozialpartner, unkoordinierten pluralistischen industriellen Beziehungen und dezentralen Lohnverhandlungen, drücken das Primat des Marktes aus (Funk 2001: 27; Lütz 2004: 12).

Blair wollte jedoch einen grundsätzlichen Wandel im Arbeitsmarkt vollziehen: »From welfare to workfare« und »making work pay« sollten die politischen Ziele heißen, die bis heute ihre Gültigkeit haben. Der Grundsatz ist klar formuliert: »Die beste Sozialpolitik ist in der Beschäftigungspolitik zu suchen« (Jochem 2009: 176). Im Zuge dessen wird die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte mit einer Bildungspolitik sowie einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik kombiniert (Petring 2006). Weiterbildung und Qualifizierung werden als oberstes Ziel festgelegt.

Das sozialpolitische Herzstück sind im britischen Arbeitsmarkt die »Working Tax Credits«, die das Erwerbseinkommen berufstätiger Menschen niedrigen Einkommens mit Steuermitteln aufstocken. Das Verfahren folgt dem amerikanischen Ansatz des »Earned Income Tax Credit«, der in der Fachdiskussion in Deutschland auch unter dem Begriff der negativen Einkommenssteuer bekannt ist.

Die Kombination von niedrigem Einkommen und staatlichen Zuschüssen in Großbritannien hat das Ziel, den Eintritt oder Wiedereintritt in die Berufstätigkeit zu fördern – sofern eine grundsätzliche Befähigung zur Erwerbsarbeit vorhanden ist. Staatliche Wohlfahrtsleistungen werden nicht dauerhaft gezahlt: Es soll sich lohnen, arbeiten zu gehen, auch wenn das erzielbare Einkommen gering ist. Soziale Transferleistungen werden als einzige Einnahmequelle zur Sicherung des Lebensunterhaltes nur in Ausnahmefällen zugelassen.

Nicht zuletzt soll der Unterschied zwischen staatlicher Alimentierungszahlung und dem Einkommen durch Arbeit und Steuergutschrift so attraktiv sein, dass die Entscheidung zugunsten der Erwerbstätigkeit fällt. Zur Abwehr der Gefahr von Mitnahmeeffekten und Lohndumping, die zurzeit auch in der deutschen Diskussion präsent sind, gilt der Mindestlohn als entscheidendes Instrumentarium.

Großbritannien ist in den europäischen Statistiken zum Arbeitsmarkt regelmäßig auf den vorderen Plätzen zu finden. Insgesamt ist ein Trend sinkender Arbeitslosigkeit zu beobachten. Dabei geht vor allem die Langzeitarbeitslosigkeit zurück (Jochem 2009). Diesen Erfolgen stehen jedoch Vorwürfe gegenüber, auch eine große Anzahl sogenannter working poor entste-

Neuer Grundsatz

Soziale Transferleistungen sollen keine Einnahmequellen sein

Mindestlohn als entscheidendes Instrumentarium

hen zu lassen: Menschen, die trotz Arbeit nahe an der Armutsgrenze oder sogar in Armut leben (Merkel 2007b).

Niedriglohnsektor als
normaler Bestandteil des
Arbeitsmarktes

Zweifelsohne akzeptiert Großbritannien einen breiten Niedriglohnsektor als normalen Bestandteil seines Arbeitsmarktes. Die britischen Reformen zum Arbeitsmarkt flankiert ein genuin angelsächsisches Erbe mit einer »Tax Credit«-Aktivierungspolitik. Gerade diese setzt jedoch kaum auf staatliche Hilfestellungen und entspricht damit ihrer kulturellen Einbettung.

Auch die Rentenpolitik Großbritanniens wandelt auf kulturell anschlussfähigen Pfaden: Das grundsätzlich universalistische Sicherungssystem wird ergänzt durch betriebliche und private Zusatzsicherungssysteme. Staatliche Rentenpolitik fokussiert dabei vor allem die Ärmsten, hingegen deuten »staatliche Signale gegenüber hoch entlohnerten Personen darauf hin, dass sie marktbasiertere Rentenprogramme abschließen sollen« (Jochem 2009: 176).

Die Bildungspolitik ist ebenso Ausdruck der angelsächsischen Einbettung. Die weitgehende Privatisierung und Deregulierung des öffentlichen Bildungswesens räumt dem Marktmechanismus klar den Vorrang ein.

Die Briten wollen
so wenig Umverteilung
wie möglich

Auf breite Akzeptanz in der Bevölkerung stützt sich der Gedanke der Solidarität in Verbindung mit einer starken individualistischen Komponente. Das Ergebnis einer im Auftrag der Deutsch-Britischen Stiftung durchgeführten Untersuchung aus dem Jahr 2008 bestätigt das Bild der »individualistischen Solidarität« (Schmid 2010: 201):

Ein Problembewusstsein für gesellschaftliche Ungleichheiten existiert in der britischen Bevölkerung, jedoch schlägt sich dieses nicht in der Bereitschaft zu einer höheren Besteuerung für sozialpolitische Zwecke nieder. Ganz im Gegenteil: Während 1987 noch 55 Prozent der Befragten meinten, dass der Staat mehr Geld für die Unterstützung von Armen ausgeben sollte, waren es 2006 nur noch 35 Prozent. Die Armutsfrage ist jedoch ein Kernproblem der britischen Gesellschaft. Die Unterstützung der Armen stellte und stellt ein gleichwohl relevantes wie kontroverses Thema im britischen Kontext dar. In besonderem Umfang sind heute Kinder und Rentner von Armut betroffen (Krell 2006: 143).

Der Anteil derer, die eine stärkere Umverteilung von Reich und Arm durch staatliche Eingriffe befürworten, sank von 45 auf 34 Prozent (Taylor-Gooby und Martin 2008: 3f.). Hingegen zeigen die aktuellen vergleichenden Studien (Krell 2006; Merkel 2007b; Schmid 2010; Dettling und Becker 2009), dass die Kluft zwischen Arm und Reich wächst und eine stärkere Umverteilung durchaus – so das Fazit der Studien – geboten wäre.

Die Verantwortung tragen die Bürger

Großbritannien erwies sich als Musterschüler des angelsächsischen Typs: Der Staat hat eine eng begrenzte Zuständigkeit, wohingegen dem Markt Vorrang eingeräumt wird, der die »Hauptquelle« (Rose 1986: 14) der sozialen Sicherung ist. Der Forderung liberaler Ökonomen und Staatstheoretiker wird gefolgt: Mit Adam Smith gesprochen hält der angelsächsische Typ den Staat so lange für den Schurken im Stück, wie er mit seinen wirtschaftlichen Interessen und Unternehmungen zur Monopolisierung neigt und damit den Wettbewerb unterdrückt. Schafft der Staat hingegen eine freiheits- und wettbewerbsfreundliche Ordnung, wird er zum Helden (Schüller 2000).

Der französische Finanzexperte Michel Albert, der den Begriff des rheinischen Kapitalismus geprägt hat, beschreibt diesen Ländertyp als einen, der seine Wirtschaft von den Fesseln staatlicher Bevormundung befreit und den Bürgern die Verantwortung für ihr Leben und die Gestaltung der Zukunft (zurück-)gegeben hat (Albert 1991).

Die Schuld für gesellschaftliche Schief lagen wird zuerst beim Staat gesucht, weniger beim Markt. Sobald das Staat-Markt-Verhältnis unter Druck gerät, werden marktwirtschaftliche Lösungen bevorzugt. Das Zurückschrauben des Leistungsniveaus und der Anspruchskriterien in der Sozialpolitik ist hoch anschlussfähig, und dies nicht nur in wirtschaftlichen Krisensituationen. Mit Blick auf die kulturelle Einbettung überrascht es kaum, dass dem radikalen Sparprogramm von Premier David Cameron nur »verhaltener Protest« (Nonnenmacher 2010) entgegenkommt.

Der angelsächsische Typ räumt den individuellen Freiheitswerten eine außerordentlich hohe Bedeutung ein und betrachtet das Individuum als Sinngebendes Element der wirtschaftlichen Ordnung (Schüller 2000: 172). Die Staaten, die diesem Typ zuzuordnen sind, gehen von einer bestimmten Vorstellung vom Menschen aus: selbstverantwortlich, einfallsreich und fähig, die eigenen Interessen im ökonomischen Prinzip zu verfolgen. Der Mensch ist ein Homo oeconomicus.

Metaphorisch spiegelt sich dieses Menschenbild in der amerikanischen Erzählung des American Dream: vom Tellerwäscher zum Millionär. Hier wird deutlich, warum die relativ große Einkommensspreizung nicht als Problem gesehen und eher toleriert wird als in den anderen zwei Typen. Die Einkommensspreizung gehört zum Konzept der Selfmadefrau und des Selfmademan dazu.

Die Gesellschaft sieht nicht den Staat für das allgemeine Wohl verantwortlich, sondern in erster Linie »die Gemeinschaft, die je nach lokalem Umfeld den Maßstab für das Modell vom guten Leben und der gerechten Gesellschaft setzt« (Zimmer 2000: 100). Die tragende Konzeption des angelsächsischen Typs wird darin deutlich: Es ist die individuelle Verantwortung und die, wie Josef Schmid sie nennt, »individualistische Solidarität« (Schmid 2010: 201).

Befreit von den Fesseln
staatlicher
Bevormundung

Homo oeconomicus als
Menschenbild

Individualistische
Solidarität als
Grundmoment

In dieser Ordnung wird erwartet, dass Eigenwille und Selbstinteresse unbewusst gelenkt werden. Mithilfe einer spontanen, preisgesteuerten Ordnung des Marktgeschehens wirken sich die unzähligen Einzelhandlungen zum Nutzen der Gesellschaft aus. Wirtschaftlicher Fortschritt und Armutsbekämpfung werden allein durch den marktwirtschaftlichen Wettbewerb für möglich gehalten (Schüller 2000: 173).

Theorien, die im angelsächsischen Typ ihre Beispiele finden

Mit dem Wissen um die kulturelle Einbettung ist es auch nicht verwunderlich, dass Rational-Choice-Ansätze, die Institutionenökonomie, die Bottom-up-Politiktheorie und die pluralistische Tradition der Staatstheorie ihre empirischen Beispiele im angelsächsischen Typ finden. Dort bestätigen sich ihre individualistische Perspektive und ihre Mikrofundierung sowie die Annahme einer aktiven Zivilgesellschaft in Form von Grassroots-Bewegungen.

Tragendes Prinzip: Glaube an selbstregulierende Kräfte in der Gesellschaft

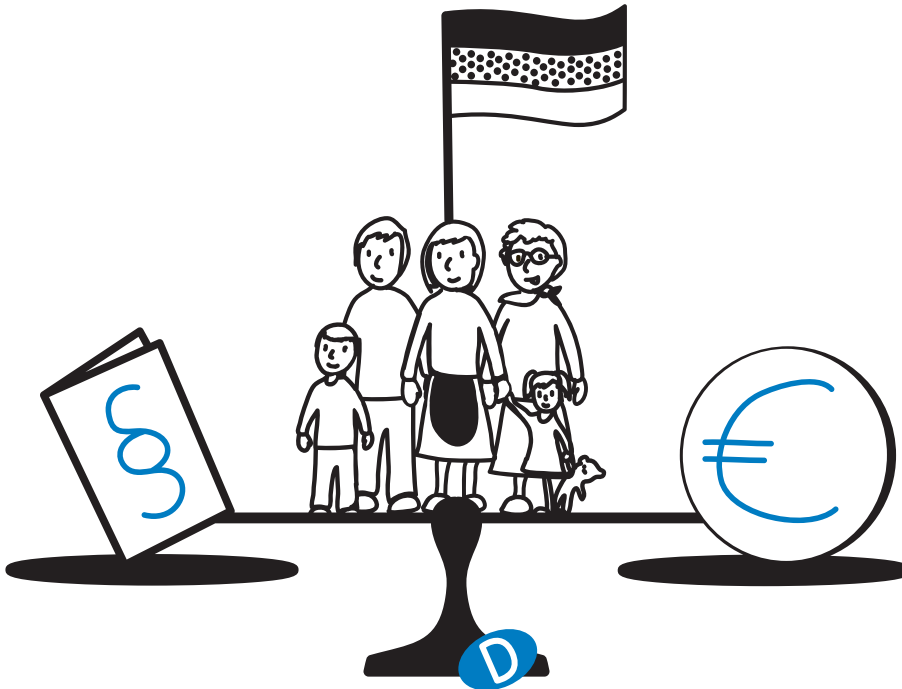
Von zentraler Bedeutung für die zivilgesellschaftliche Tradition Großbritanniens ist der Voluntarismus, also das Zutrauen in die selbstregulierenden Kräfte der Gesellschaft. Im angelsächsischen Typ sind zivilgesellschaftliche Strukturen wichtig und nehmen dort entweder eine komplementäre oder gar exklusive Rolle zu staatlichen Angeboten ein (Krell 2006: 143). Zivilgesellschaftliche Assoziationen, Vereine und Verbände übernehmen hier die Aufgaben für das Gemeinwohl, »die der Markt in dieser Weise nicht übernehmen kann, und der Staat nicht will« (Deutschmann 2004: 12 f.).

Die Gemeinschaft wird in die Pflicht genommen

Durch die zivilgesellschaftliche Etablierung werden Freiheit, Wettbewerb und sozialer Ausgleich in einem dynamischen Gleichgewicht gehalten: Nicht der Staat, sondern die Gemeinschaft wird in die Pflicht genommen. Sobald die Zivilgesellschaft gemeinschaftliche Aufgaben übernimmt, verringert sich die Bedeutung des Staates für die soziale Umverteilung. Zwei Folgen sind denkbar: Soziale Ungleichheit wird zunehmend akzeptiert oder aber sie fördert Solidarität, die wiederum zu einer wichtigen Wettbewerbsressource werden kann. Putnam (2000) weist auf die Wettbewerbsressource der sozialen Solidarität hin, Beckert (2006) hingegen auf die Gefahr der sozialen Ungleichheit.

Grundsätzlich bleibt es gesellschaftlichen Gruppen überlassen, Konsensbildungsprozesse selbst zu organisieren. Eine solche Spielart des Liberalismus passte nicht nur von Beginn an zur frühindustriellen Phase und der »viktorianischen Geringschätzung« (Weisbrod 1987) staatlicher Sozialpolitik – sie wurde auch von den Gewerkschaften zum Leitsatz erhoben. Wenn Streiks stattfinden, dann geschieht das in einem rechtsfreien Raum, der keine Gewerkschaftshaftung für Streikfolgekosten begründet (Sturm 2009: 292).

Der organisierte Ländertyp: eine kontinentaleuropäische Einbettung



Der halb geizige, halb generöse Staat: die koordinierte Grundsicherung

Nach Esping-Andersen gehören hauptsächlich die Staaten Kontinentaleuropas in diese Gruppe – allen voran Deutschland als Prototyp. Österreich, Belgien, Frankreich und die Niederlande sind nahe Verwandte. Sie zeichnen sich alle durch einen mittleren Grad der Generosität staatlicher Absicherung aus, der von Esping-Andersen (1990, 1999) als »mittlerer Dekommodifizierungsgrad« bezeichnet wird.

Die Bürger sind in dieser Typologie vom Marktmechanismus relativ unabhängig, wobei sich dies seit 1998 verändert hat. Auch ist der kontinentaleuropäische Typ von einer engen Koordination zwischen Staat, Gewerkschaften und Industrieverbänden geprägt, daher die treffende Bezeichnung des »organisierten Kapitalismus« (Wehler 1974; Bode 2004: 69).

Die organisierte Konstruktion ist historisch vor allem in Deutschland auf Bismarck zurückzuführen. Ihm ging es vornehmlich darum, die Spaltung der Lohngruppen beizubehalten, damit die Arbeiterbewegung nicht zu großen Zulauf bekam. Außerdem war es wichtig, die Loyalität bestimmter Schichten gegenüber der Staatsgewalt bzw. der Monarchie aufrechtzuerhalten (Esping-Andersen 1985: 231).

Deutschland als Prototyp

Historischer Rückblick:
Bismarcks Konstruktion

Ergebnis war in Deutschland, Österreich und Frankreich ein korporatistisches Modell mit statusbezogenen Sicherungsleistungen, das sich in einem relativ geringen Grad der Durchlässigkeit des Sozialsystems wiederfindet, Esping-Andersen (1990: 23 f.) bezeichnet dies als »geringen Stratifizierungsgrad«. Besonders Angehörige des öffentlichen Dienstes sind gewissermaßen als Belohnung für ihre Loyalität zu Nutznießern umfangreicher Sozialleistungen geworden. Die ausgeschlossenen Arbeiterschichten richteten sich (gezwungenermaßen) ihr eigenes Hilfsklassenmodell ein.

Gemäß dem sozial abgefederten Äquivalenzprinzip erfolgt die Finanzierung der Sozialsysteme überwiegend durch Sozialbeiträge. Die drei Sozialbereiche, die Esping-Andersen untersucht (gesetzliche Rentenversicherung, Arbeitslosenversicherung und Lohnfortzahlung im Krankheitsfall), sind an die Höhe der zuvor erbrachten Leistungen gebunden. Relativ geringe Umverteilungseffekte sind die Folge.

Deutschland: Pfadtreue trotz angelsächsischer und skandinavischer Reformdynamik?

Deutschlands subsidiärer Organisationsgrundsatz

Nach dem Grundgesetz ist die Bundesrepublik Deutschland ein »sozialer Bundesstaat« bzw. ein »sozialer Rechtsstaat« (Art. 20, Abs. 1, und Art. 28, Abs. 1). Daneben existieren eine Reihe von Leitprinzipien und ordnungspolitischen Ideen. Vor allem ist es die Idee der Subsidiarität, in der nicht nur der kleineren Einheit Rechnung zu tragen ist, sondern auch den nichtstaatlichen Organisationen ein Primat eingeräumt wird.

Der subsidiäre Organisationsgrundsatz stammt aus der katholischen Soziallehre und ist in der päpstlichen Enzyklika *Quadragesimo anno* aus dem Jahr 1931 zu finden, deren Einfluss auf die deutsche Sozialpolitik kaum zu unterschätzen ist (Zumbansen 2000). Die großen Wohlfahrtsverbände, die derzeit mehr als 1,1 Mio. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter verzeichnen, werden mit öffentlichen Mitteln gefördert. Sie nehmen in Deutschland eine eindeutige Vorrangstellung gegenüber staatlichen bzw. kommunalen Einrichtungen ein (Schmid 1996; Evers und Olk 1995; Schmid 2010: 132).

Sozialpartnerschaft als besonderes Merkmal

In ihrer Nachkriegsgeschichte durchläuft die Bundesrepublik nicht nur Zyklen internationaler Wertschätzung, sondern auch Zyklen heftiger Kritik: Mal ist sie Lokomotive, mal kranke Frau Europas. Grundsätzlich wird die Wertschätzung auf die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit sowie auf die sozialpartnerschaftlichen Strukturen bezogen. Letztere haben sich auch in den gegenwärtigen finanz- und wirtschaftspolitischen Turbulenzen als höchst krisenresistent erwiesen und geholfen, die Krise zu überwinden.

Die Reformpolitik der Bundesrepublik ist jedoch selten lobend erwähnt worden – vielleicht auch deshalb, weil diese auf »keinen simplen Nenner zu bringen« (Jochem 2009: 191) ist. Dies gilt für Thesen eines »Reformstaus« (Merkel 2007a: 27) und einer »blockierten Gesellschaft« (Heinze 1998) ebenso

wie für Thesen eines ungebremsten neo-liberalen »Rückbaus und Abrisses« (Butterwegge 2005: 267).

Hingegen scheint sich die Literatur weitgehend einig, dass sich eine bemerkenswerte Neuausrichtung von Politikinhalt und Politikstil seit Schröders Regierungszeit ab 1998 vollzogen hat (Heinrichs 2004; Schmid 2010; Jochem 2009).

Das statuserhaltende Prinzip war bisher ein Kernelement des kontinental-europäischen Typs. Die Statusunterschiede, vom Markt herbeigeführt, wurden durch die einkommensabhängigen Leistungen der Sozialpolitik reproduziert. Jedoch wurde das statuserhaltende Moment durch die organisatorische Fusion von Sozialhilfe und Arbeitslosenhilfe in Deutschland eingeschränkt.

Es zeichnet sich die Tendenz zu einer universellen Leistung ab, wie sie aus dem angelsächsischen und skandinavischen Raum bekannt ist. Dies führt zu einer Abkehr vom traditionellen Verständnis der Absicherung in Deutschland, ohne jedoch die Rahmenbedingungen, die in angelsächsischen bzw. skandinavischen Ländern vorhanden sind, einzubauen:

Im zweiten Bündnis für Arbeit (1998–2002/3) und dem Inkrafttreten der Hartz-Gesetze ab 2003 kam es zu einer »verstärkten Konditionierung« (Clasen und Clegg 2007: 189) der Arbeitslosen, also zu verschärften Strafregelungen bei Regelverstößen.

Durch die Lockerung der Einstellungs- und Kündigungsschutzregeln wurde zwar ein Beitrag zur Dynamik im Arbeitsmarkt geleistet, allerdings findet keine konsequente Aktivierungspolitik statt. Auf der einen Seite werden die Konditionen für Arbeitslose und Arbeitssuchende deutlich verschärft, auf der anderen Seite fehlen flankierende aktive Maßnahmen, »die diesen Menschen den Weg hin zum Arbeitsmarkt und zu einer verbesserten Bildung erleichtern könnten« (Jochem 2009: 337).

Die bildungspolitischen Elemente sind die andere Seite der Medaille, die eine Aktivierungspolitik angelsächsischer oder skandinavischer Provenienz beinhalten müsste. In Großbritannien und Schweden ist eine deutlich stärkere Koordinierung zwischen Arbeits- und Bildungspolitik zu beobachten; in Schweden kommt noch die Familienpolitik als Koordinationsfeld dazu.

Symptomatisch für die deutsche Arbeitsmarktreform steht deshalb auch der Ausdruck: »Gefördert wird erst übermorgen« (Niejahr und Heiny 2004). Erst wenn beide Aspekte – Fordern und Fördern – gleichwertig durchgesetzt sind, funktioniert das System, das nach angelsächsischem und skandinavischem Muster reformiert werden sollte. Da aber die chronisch knappe Haushaltslage dazu führt, dass die Politik sich einseitig auf der »Fordern-Seite« (Jochem 2009: 249) ausbreitet, ist der Staat hier mehr ein Strafender als ein Helfender.

Die Riester-Rente, benannt nach dem damaligen Bundesarbeitsminister Walter Riester (SPD), war ein weiterer und wesentlicher Teil von Schröders Agenda 2010. Sie wurde 2001 eingeführt. Die Riester-Rente hat Elemente aus dem angelsächsischen System anschlussfähig in den kontinentaleuropäi-

Schröders Reformpolitik –
angelsächsisch durch
und durch?

Geschwächter Status-
erhalt: die Arbeitsmarkt-
reformen

Flankierende
bildungspolitische
Maßnahmen fehlen

Das Beispiel
Riester-Rente

schen Typ eingeflochten, indem sie die Dominanz des Staates in der gesetzlichen Rentenversicherung um das Prinzip kapitalfundierter privater Lösungen in der Lebensstandardsicherung erweitert hat.

Insgesamt hat die Riester-Rente zur Folge, dass sich die Rentenpolitik in Deutschland nun stärker auf private Anbieter gründet. Der Markt hat Einzug gehalten. Auf lange Sicht sinkt damit die erwirtschaftete Lohnersatzleistung der staatlichen Rente, private Altersvorsorge wird zunehmend wichtiger. Auch wird das Prinzip Wettbewerb gefördert, indem der Anteil der privaten Finanzierung durch die Eigentumsrechte an den nun privaten Vorsorgeprogrammen erhöht wird. Ein neuer privater Vorsorgemarkt entwickelt sich, der in dieser Art eher dem angelsächsischen Kontext zuzuordnen ist.

Der Staat ist nach wie vor präsent

Allen angelsächsischen Elementen zum Trotz hat Riester nicht wirklich an dem organisierten Mischverhältnis von Staat und Markt gerüttelt. Es handelt sich nach wie vor – durch Zulagen und Steuervergünstigungen bei der Nutzung von Fondssparplänen, Banksparplänen und Rentenversicherungen – um eine staatliche Förderung der privaten Alterssicherung.

Der Staat hat sich nur auf den ersten Blick aus der Rentenpolitik zurückgezogen. Auf den zweiten Blick reguliert und subventioniert er verstärkt den Markt für Altersversorgungsprodukte. Die privatwirtschaftlichen Anbieter werden damit nicht in die volle Autonomie entlassen.

Erweiterung durch die private Säule

Der Staat setzt nach wie vor einen regulierenden Rahmen für den Wettbewerb im Rentenmarkt. Die Bundesrepublik wandert damit weiterhin auf dem bekannten, anschlussfähigen, jedoch erweiterten »mittleren Weg« (Schmidt 2000) beim Mischverhältnis von Staat und Markt. Die zentrale »Staatliche Renten Säule« (Jochem 2009: 329) wurde um die private Riester-Säule erweitert. Die Anschlussfähigkeit der Rentenpolitik an die kulturelle Einbettung zeigt sich in den Punkten aktiver Staat, Subsidiarität und korporatistische Elemente:

- Eine staatlich garantierte Lebensstandardsicherung (Schulze und Jochem 2007) ist mit der staatlichen Verpflichtung zur Altersvorsorge (besonders in Bezug auf die einkommensschwachen Schichten) verknüpft.
- Die »sozialpartnerschaftliche Verantwortung« (Jochem 2009: 268) betrieblicher Rente setzt auf das kooperative Verhalten von Tarifparteien und stärkt die betriebliche subsidiäre Sozialpolitik, indem das Instrument der Entgeltumwandlung Teile des Einkommens zum Zwecke der Altersvorsorge umwandelt.

Komplexes Arbeitsverhältnis von Staat und Markt bleibt erhalten

Der Vergleich mit dem Grundrentensystem in Großbritannien, in dem die private Altersvorsorge eine deutlich stärkere Säule darstellt, zeigt, dass in Deutschland die Logik des »staatlich organisierten Versicherungssystems« (Schmid 2010: 137) erhalten bleibt.

Über die »Ungleichzeitigkeiten bei der programmatischen Entwicklungsdynamik« (Jochem 2009: 332) hinweg kann beobachtet werden, dass haupt-

sächlich der angelsächsische, aber auch der skandinavische Typ Pate bei diversen Reformen gestanden hat. Das Grundprinzip des Statuserhalts wurde stark geschwächt. Hingegen bleibt die komplexe Mischform von Staat und Markt, die mit ausgeprägter Subsidiarität und staatlicher Rahmenbildung einhergeht, für Deutschland nach wie vor präsent: Die Regulierungsdichte von staatlicher Seite ist nach allem Reformieren weiterhin hoch.

Die Verantwortung tragen die Sozialpartner

Die Bundesrepublik Deutschland kann als kontinentaleuropäischer Typ mit angelsächsischer und skandinavischer Reformdynamik bezeichnet werden, indem die »komplexen Arbeitsverschränkungen« (Siegel und Jochem 2003b) zwischen Staat und Markt in einem sehr facettenreichen Mit- und Nebeneinander verwoben sind. Der Markt hat in dieser Einbettung durchaus eine hervorgehobene Rolle. Im Gegensatz zum angelsächsischen Typ jedoch ist der Markt mit einem höheren Schutz und der Einschränkung des Staates versehen.

Das »klassische Menschenbild der christlichen Soziallehre von Personalität und Subsidiarität« (Schüller 2000: 175) trägt dazu bei, dass korporatistische Steuerungsinstrumente bevorzugt werden. Die Sozialpartnerschaft ist Ausdruck einer korporatistischen Einbindung von Arbeitgeber- und Arbeitnehmerrepräsentanten. Die kulturelle Einbettung mit dem Konzept der »Solidarität in Freiwilligkeit« (Siegel 2007: 265) erweist sich nicht nur bei der betrieblichen Mitbestimmung, sondern auch in der Verwaltungsinstitution der gesetzlichen Sozialversicherungen, wo Arbeitgeber- und Gewerkschaftsrepräsentanten zusammenarbeiten, als besonderes Merkmal der organisierten Grenzziehung zwischen Staat und Markt.

Der französische Finanzexperte Michel Albert beschreibt den kontinentaleuropäischen Typ als den des »rheinischen Kapitalismus« (Albert 1991), der für das Vertrauen in die ökonomisch begründbare, wohlfahrtsstaatliche Überformung der Wirtschaft verantwortlich ist. Der rheinische Kapitalismus beruht auf einem »gesamtgesellschaftlichen Konsens« (Sturm 2001: 3), der durch partnerschaftliche Entscheidungs- und Mitwirkungsverfahren nicht nur in der Arbeitswelt, sondern auch im eigentümlichen Staat-Markt-Verhältnis immer neue Nahrung findet.

Der mittlere oder auch dritte Weg (Schmidt 2000 und 2001), der dem kontinentaleuropäischen Typ zugeschrieben wird, ist auf eine grundlegende Idee zurückzuführen: die der Sozialen Marktwirtschaft. Sie entwirft ein Verhältnis von Staat und Markt, das die kapitalistische Ökonomie »gesellschaftlich einbettet« (Bode 2004: 68). Die Prinzipien Wettbewerb, Freiheit und sozialer Ausgleich werden in der Sozialen Marktwirtschaft um das Prinzip des marktwirtschaftlichen, staatlich beobachteten Wettbewerbs geordnet. Es ist jene gesellschaftspolitische Grundentscheidung, die den Ökonomen Walter Eucken

Facettenreiches Neben- und Miteinander

Partnerschaft als gesamtgesellschaftlicher Konsens

Der mittlere Weg – Weg der Sozialen Marktwirtschaft

dazu veranlasst hat, die Soziale Marktwirtschaft als eine staatliche »Politik der Wettbewerbsordnung« (Eucken 1990 [1952]) zu beschreiben.

Subsidiarität als
Klammer zwischen
Staat und Markt

Die Wohlfahrt wird vom Staat (mit-)organisiert, indem etwa Wohlfahrtsverbände mit öffentlichen Mitteln gefördert werden. Unterschiedliche gesellschaftliche Aufgaben werden in dieser Idee nicht »entweder oder«, sondern »sowohl als auch« verteilt. Nicht der Konflikt zwischen linker oder rechter Exklusivität – Staat oder Markt – ist hier federführend, sondern die Suche nach den »Ergänzungspotentialen« (Schönig und Theisen 2002) beider – auch im Sinne ihrer Subsidiarität. Die Brücke zwischen Staat und Markt, das Ergänzungs- oder Subsidiaritätspotenzial, ist wesentliches Merkmal dieser kulturellen Einbettung.

Rückblick

Die Begründer der Sozialen Marktwirtschaft, mit Ludwig Erhard als dem ersten politischen Umsetzer sowie Walter Eucken, Franz Böhm, Wilhelm Röpke, Alfred Müller-Armack, die mehr im konzeptionellen und theoretischen Rahmen ihre Vaterschaft bezeugen können, haben sich der liberalen Grundidee des Privateigentums angeschlossen. Diese Grundidee haben sie jedoch um die »soziale Verantwortung und die Bedürfnisse der Arbeiter« (Nipperdey 1998: 336) ergänzt.

Der Wunsch aller Gründerväter war es, Alternativen oder sogar Synthesen zwischen Kapitalismus und Kommunismus zu schaffen: Jede Art von Kollektivismus sowie wirtschaftspolitisches Laissez-faire wurde abgelehnt (Röpke 1979 [1944]; Rüstow 1949; Blum 1969; Nawroth 1962).

Synthesen zwischen
Staat und Markt

Alfred Müller-Armack will etwa, dass die konkurrierenden Sphären von Staat und Markt in einer kooperativen Beziehung stehen: Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft verbindet die »Freiheit des wirtschaftlichen Handelns (...) mit dem sozialen Ausgleich« (Müller-Armack 1960b: 243 f.). Damit übernimmt die Soziale Marktwirtschaft »vom Sozialismus die Betonung des Sozialen und die Würde der Arbeit, vom klassischen Liberalismus die Freiheit des Individuums und die Koordination dezentraler Entscheidungen durch den Markt, von der katholischen Soziallehre die Unantastbarkeit der Person, die Subsidiarität und die Gemeinwohlpflichtigkeit des Eigentums, von der evangelischen Sozialethik das Berufsethos und die Sparsamkeit« (Schönig und Theisen 2002: 38).

Die Einsicht, dass weder die unsichtbare Hand des Marktes noch die sichtbare Hand des Staates zur allgemeinen gesellschaftsfähigen Zufriedenheit führe, ist für die Soziale Marktwirtschaft grundlegend. Bereits bürgerliche Sozialreformer und Vor-Väter der Sozialen Marktwirtschaft wie Lujo Brentano, Adolph Wagner und Gustav Schmoller haben im 19. Jahrhundert für einen »Mittelkurs zwischen anarchischem Individualismus, traditionalistischem Korporatismus und bürokratischem Etatismus« (Gallus und Jesse 2001: 8) plädiert.

Die Wirtschaftspolitik bedarf in dieser Sichtweise einer »Ergänzung durch eine Gesellschaftspolitik, die den Menschen nicht nur funktionell als Produ-

zenten und Konsumenten, sondern auch in seiner persönlichen Existenz sieht. Nur wenn es innerhalb der freien Ordnung gelingt, die Einzelnen auch als Menschen einzugliedern, dürfte es möglich sein, das tiefe Misstrauen, das viele Menschen gegenüber freien Ordnungen beseelt, zu überwinden« (Müller-Armack 1976: 235).

Die Originalität der Sozialen Marktwirtschaft liegt nicht unbedingt in ihrer spezifischen Idee, sondern gerade in der wechselseitigen Ergänzung von zuvor als unvereinbar angesehenen Sphären: Staat und Markt. Der Anspruch ist denkbar hoch, nämlich wirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit im Staate zu gewährleisten, anders ausgedrückt: wirtschaftliche Effizienz gesellschaftsverträglich zu machen. Statt des sozialen Konflikts werden Konsens und Kooperation zu den vorherrschenden Gestaltungsformen der wirtschaftlichen und sozialen Bereiche.

Der Sozialen Marktwirtschaft hat es der kontinentaleuropäische Typ, allen voran Deutschland, zu verdanken, dass die klassenkämpferische Polarisierung von Kapital und Arbeit zugunsten konsensorientierter Sozialpartnerschaften zurückgetreten ist. Die Idee der Sozialen Marktwirtschaft hat damit die kontinentaleuropäische Einbettung wesentlich beeinflusst.

Wunsch und Ziel:
wirtschaftliche Effizienz
gesellschaftsverträglich
machen

Der staatszentrierte Ländertyp: eine skandinavische Einbettung



Der generöse Staat: Grundsicherung auf hohem Niveau

Prototyp Schweden

Nach Esping-Andersen gehören hauptsächlich die nordeuropäischen Länder in den skandinavischen Typ – mit Schweden als Prototyp. Sie rangieren beim Grad der Generosität staatlicher Absicherung, die von Esping-Andersen als »hoher Dekommodifizierungsgrad« bezeichnet wird, ganz oben. Auch sind sie in der sozialen Durchlässigkeit der Sicherungssysteme mit den höchsten Werten in Esping-Andersens Studien versehen und werden von ihm mit einem »hohen Stratifizierungsgrad« versehen (Esping-Andersen 1990, 1999).

Der Staat nimmt, trotz weitestgehender Öffnung der Märkte, eine wichtige Rolle im Markt sowie an der Grenze von Staat und Markt ein. Als die sozialistischen Parteien im 20. Jahrhundert Einfluss auf die Regierungen ausüben konnten, erweiterten sie die Solidaritätsbasis, die sich nach wie vor in der Sozialpolitik zeigt:

Hohes staatliches Versorgungsniveau

Die individuellen Sozialrechtsansprüche für Staatsbürger werden auf einem vergleichsweise generösen Niveau gewährt und sind Teil eines egalitären Wohlfahrtskapitalismus. Der skandinavische Typ gewährleistet eine allgemein zugängliche und universalistische Grundsicherung für alle Staatsbürger, unabhängig vom Erwerbsstatus auf einem möglichst hohen Versorgungsniveau (Schüller 2000). Typisch für den Norden sind weniger die hohen staatlichen Ausgaben als vielmehr »die umfassende, universalistische und staatliche Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen« (Jochem 2009: 156).

Im Gegensatz zum kontinentaleuropäischen ist im skandinavischen Typ eine »weitreichende soziale Durchlässigkeit mit hohem sozialen Ausgleich« (Sesselmeier und Somaggio 2009: 11) verbunden. Die marktunabhängige Existenzsicherung ist Ursache für den hohen Grad der Generosität staatlicher Absicherung. Die materielle Absicherung wird vorwiegend aus Steuern finanziert. Dies erfordert eine starke Präsenz des Staates, der die Verteilungsprozesse koordiniert.

Der skandinavische Arbeitsmarkt: durchzogen mit liberalen Elementen?

Auf den ersten Blick scheint der regulierte Arbeitsmarkt mit angelsächsisch »liberalen Elementen« (ebd.: 11) durchzogen: Im skandinavischen Typ herrscht ein geringer Kündigungsschutz, der die Flexibilität des Marktes erhöhen soll. Wenig Kündigungsschutz ist in der Regel ein Zeichen für einen geringen Grad der Generosität, der eine hohe Abhängigkeit vom Marktmechanismus verursacht und damit ein angelsächsisches Element zu sein scheint.

Auf den zweiten Blick ist ersichtlich, dass der hohe Grad der Generosität, der für den skandinavischen Typ charakteristisch ist und für eine relativ große Unabhängigkeit vom Marktmechanismus sorgt, erhalten bleibt. Die skandinavische Variante der Flexibilität des Arbeitsmarktes wird mit zwei Elementen erreicht: Es werden hohe Lohnersatzleistungen gezahlt und es wird eine aktive Arbeitsmarktpolitik betrieben, die den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert.

Es ist also die Kombination aus einem hohen Grad der Generosität staatlicher Absicherung mit einer Flexibilität, die durch den niedrigen Kündigungsschutz zustande kommt. Auf europäischer Ebene wird dies derzeit aufmerksam beobachtet und unter dem Stichwort flexicurity (Flexibility und Security) diskutiert. Der hohe Grad der Generosität, das sichernde Element (Security), ist ein Kernelement der skandinavischen Einbettung, das mit einer hohen Flexibilität (Flexibility), die eher aus dem angelsächsischen Raum bekannt ist, verbunden wird.

Als wichtiger Arbeitgeber fungiert der soziale Dienstleistungssektor. Durch das gut ausgebaute Dienstleistungsangebot streben die skandinavischen Länder Vollbeschäftigung an, bei hoher Erwerbsbeteiligung von Frauen und Männern (Siegel 2002: 350).

Das Ziel der Vollbeschäftigung wird von staatlicher Seite aktiv gefördert. Kennzeichnend sind damit stark regulierte Arbeitsmärkte, sodass zwar eine hohe faktische Beschäftigung in staatlichen Programmen entsteht, die aber – so hauptsächlich angelsächsisch geprägte Kritiker – zur »privatwirtschaftlichen Unrentabilität« (Funk 2001: 27) führe.

Anders als das kontinentaleuropäische, bedarfsabhängige Sozialsystem stärkt das skandinavische, universalistische Sozialsystem die Statusgleichheit: Regelungen sind für alle gültig. Auf diese Weise wird die Solidarität zwischen den Gesellschaftsschichten gefördert. Die universalistischen Grundversicherungsmomente werden im skandinavischen Typ mit hohen Abgaben und hohen Leistungen gekoppelt, die durch zusätzliche Sozialversicherungskomponenten »unterfüttert werden« (Siegel 2002: 350).

Die skandinavische Konzeption von Sozialpolitik ist in eine übergeordnete »wohlfahrtsstaatliche Gesamtarchitektur« (ebd.: 350) eingebettet, die darauf fokussiert ist, gesellschaftliche Ungleichheiten durch lohn- und beschäftigungspolitische Maßnahmen sowie hohe Umverteilung auszugleichen. Damit sind großzügige, steuerfinanzierte Transferleistungen prägend für diesen Ländertyp (Esping-Andersen 1996).

Dienstleistungssektor als wichtiger Arbeitgeber

Skandinavisches Merkmal:
»wohlfahrtsstaatliche Gesamtarchitektur«

Schweden: hohe Reformdynamik – Ausgang offen

Die skandinavische Welt, allen voran Schweden, wird gern von Anhängern des linken Parteienspektrums als vorbildlich eingestuft, insbesondere wegen der umfassenden und universell ausgerichteten Sozialpolitik. In jüngster Zeit können sich auch Anhänger des bürgerlichen Lagers für Schweden begeistern (Jochem 2009: 155).

Schweden gilt nicht so sehr als Modell extremer Ausprägung, sondern vielmehr als ein Beispiel politischer Ausgewogenheit. Konsensus, Verhandlung und Integration sind Schlüsselbegriffe in der Analyse der schwedischen Gesellschaft (Jahn 2009: 107). Pragmatismus ist ebenfalls solch ein Schlüssel-

Schweden ist Vorbild

begriff, der gern auch als »funktionaler Sozialismus« (Adler-Karlsson 1973) beschrieben wird.

Volksheim: Ausdruck
umfassender Solidarität

Schweden lässt sich als »öffentliches Versicherungs- und Dienstleistungssystem mit starken sozialen Ausgleichsmechanismen charakterisieren, die insbesondere in den allgemein zugänglichen öffentlichen Dienstleistungen zum Ausdruck kommen« (Gurgsdies 2006: 70). Historisch betrachtet steht die Metapher des Volksheims im Mittelpunkt schwedischer Politik. Es verweist auf zentrale Eigenschaften: Gleichheit, Rücksichtnahme, Zusammenarbeit und Hilfsbereitschaft (Köhler 2010). Damit verbindet sich die Forderung nach umfassender Solidarität zur Begrenzung von Wettbewerb und Ungleichheit.

Anfang des 20. Jahrhunderts gewann die Sozialpolitik in Schweden immer mehr an Bedeutung. Als soziale Investition ließ sie sich in die antizyklische Wirtschaftspolitik einflechten, indem sie die Wirtschaft (mit) ankurbelte und die Umverteilung ökonomischer Ressourcen ermöglichte (Henningsen 1986: 312 ff.; Ritter 1989: 149 f.).

Kollektivistische
Ausrichtung

Im Vergleich zu den meisten anderen westlichen Ländern ist Schweden weniger individualistisch als vielmehr kollektivistisch geprägt. Charakteristisch für Schweden ist das stark institutionalisierte Sozialsystem, das auf einem hohen gesellschaftlichen Konsens beruht: »Das sozialdemokratische Projekt wurde das Projekt einer ganzen Nation« (Heclo und Madsen 1987, zitiert nach Schmid 2010: 226).

Das Gestaltungsprinzip ist universalistisch angelegt. Die gesamte Wohnbevölkerung – nicht nur die Erwerbsbevölkerung – wird für die zentralen Risiken, wie Alter und Krankheit, vom Sozialsystem erfasst (Schmid 2010: 225). Jedoch befindet sich die schwedische Sozialpolitik seit den 90er Jahren in einem teils weitreichenden Reformprozess.

Weitreichende Renten-
reform mit kontinental-
europäischer Dynamik

Die schwedische Rentenreform erregte internationales Aufsehen und kann beispielhaft herangezogen werden: Als sie 1999 in Kraft trat, wurde das »Juwel der schwedischen (Wohlfahrts-)Krone« (Jochem 2009: 157) umfassend reformiert, indem es sogar zur Abschaffung der universellen Volksrente kam.

Allen parteipolitischen Akteuren gelang es, die Gerechtigkeitsfrage in der Rentenpolitik neu zu definieren. Die Rentenreform wurde über »explizite Gerechtigkeitsargumente« (ebd.: 158) kommuniziert und führte zu weitreichenden Veränderungen:

- Den Berechnungen der Rentenzahlungen werden nicht mehr die 15 einkommensstärksten Jahre einer mindestens 30-jährigen Mitgliedschaft zugrunde gelegt, sondern die Beitragszahlungen bemessen sich auf die gesamte Erwerbskarriere bei mindestens 40-jähriger Mitgliedschaft.
- Die Rentenbeiträge werden nun hälftig auf Arbeitgeber und Arbeitnehmer aufgeteilt. Die alleinige Finanzierung von Arbeitgeberbeiträgen im alten System ist damit abgeschafft. Diese koordinierende Struktur zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer ist aus dem kontinentaleuropäischen Typ bekannt.

- Die erworbenen Rentenrechte können zwischen Ehepartnern aufgeteilt werden. Damit entsteht ein Familienbezug im sozialen Sicherungssystem, der eher aus dem kontinentaleuropäischen Typ bekannt ist.

Die Reform der schwedischen Rentenpolitik hat das alte System zwar neu justiert, allerdings verläuft die Justierung im Rahmen der kulturellen skandinavischen Einbettung. Die universelle Volksrente wurde durch eine Grundrente ersetzt, die nicht mehr automatisch an alle Wohnbürger ausgezahlt wird. Jedoch ist die Abschaffung der universellen Volksrente nicht so sehr einer Wandlung in der kulturellen Einbettung geschuldet als vielmehr dem Reflex auf die EU-Mitgliedschaft: Ein »Rententourismus« (Jochem 2009: 157) sollte damit explizit verhindert werden.

Rentenreform dennoch in skandinavischer Einbettung

Auch bleibt die staatliche Hegemonie bestehen. Die Wahlmöglichkeit für schwedische Versicherte besteht lediglich »innerhalb des staatlichen Systems« (ebd.: 158). Eine »Vermarktlichung« (ebd.) fand nicht in dem Ausmaß statt, wie es etwa bei der Riester-Rente in Deutschland zu beobachten ist.

Das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung hat nach wie vor einen außerordentlich hohen Stellenwert – auch im Vergleich zu den anderen europäischen Staaten. Die solidarische Lohnpolitik »gleicher Lohn für gleiche Arbeit« (Johannesson 1999; Hort 2008) ist mit einer aktiven Arbeitsmarktpolitik kombiniert. Der öffentliche Dienst nimmt dabei eine Schlüsselrolle ein – er beschäftigt mehr als doppelt so viele Menschen wie in Deutschland.

Solidarische Lohnpolitik nach wie vor ausgeprägt

Zwei zentrale Faktoren können bei der schwedischen Arbeitsmarktpolitik beobachtet werden (Schmid 2010: 381):

Schlüsselrollen im Arbeitsmarkt: Bildung, Arbeit, Familie

- Es gibt die sozialpolitische Strategie, die eine Betonung personenbezogener Dienstleistung zur Folge hat (im Unterschied zu monetären Dienstleistungen wie etwa in Deutschland).
- Zentrale Politikfelder sind miteinander verwoben. Das Ineinandergreifen der Politikfelder Arbeit, Bildung, Familie/Gender funktioniert vorbildhaft. Nicht nur sind die steigenden Teilnahmezahlen in der Erwachsenenbildung (von 178.000 in den Jahren 1996/97 auf 238.000 Menschen im Jahr 2003) (Merkel et al. 2006: 297) Spitzenreiter im internationalen Vergleich, sondern auch die aktiven Förderungsinstrumente für Frauen – etwa durch eine gut ausgestaltete Familien-/Genderpolitik mit flächendeckender, öffentlicher Kita-Struktur und einer breiten Quotenregelung.

Insgesamt ist die Arbeitsmarktpolitik antizyklisch: In Zeiten steigender Arbeitslosigkeit wird die aktive Arbeitsmarktpolitik ausgeweitet und makroökonomisch betrieben. Die Schwedische Krone wird abgewertet, um eine künstliche Wettbewerbsfähigkeit der schwedischen Industrie zu erzeugen. Die Kosten dieser Politik tragen freilich die Länder, die mit Schweden Handel betreiben. Jedoch bedeutet der Beitritt zur Europäischen Union für Schweden – und dies auch ohne Euro – die Festschreibung des Ziels der Preisniveaustabi-

lität, die diese Beschäftigungspolitik unter Umständen konterkariert (Schmid 2010: 239).

Entkorporatisierungstendenzen: angelsächsische Elemente integriert

Die Reformdynamik der 90er Jahre wird durch eine »Entkorporatisierung« (Jochem 2003: 158) der schwedischen Entscheidungsfindung ergänzt. Während lange Zeit die Kooperation mit schwedischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden die Gesetzgebung maßgeblich beeinflusste, kommt es nun zu einer »schleichenden Ausgrenzung« (Jochem 2009: 159) der Verbände, die eher aus dem angelsächsischen Typus bekannt ist.

Die autonomen Vereinbarungen zwischen Tarifpartnern werden von einer liberaleren Politik abgelöst und führen zu einer Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten der Gewerkschaftsbewegung. Die guten Verhandlungspositionen der schwedischen Gewerkschaften, die durch staatliche Eingriffe und Gesetzgebungen geschaffen wurden, werden zunehmend verringert und damit wird ein wesentliches Element des angelsächsischen Typs eingeführt (Klitgaard 2007).

Mit der schleichenden Entkorporatisierung ist abzuwarten, wie sich der Arbeitsmarkt weiter entwickelt. In der Vergangenheit konnte nur mithilfe starker Gewerkschaften der zügige Strukturwandel von der verarbeitenden Industrieökonomie hin zur Dienstleistungsökonomie erreicht werden. Auch wurde die Beschäftigung im Binnensektor zu gleichen Einkommensbedingungen auf Druck von Gewerkschaftsseite künstlich hochgehalten. Der Ausgang des Reformprozesses ist in dieser Hinsicht also offen. Momentan jedoch wird in Schweden – anders als etwa in Deutschland – noch keine Rationalisierungsstrategie gefahren, die zur Freisetzung von Arbeitskräften führt (Schmid 2010: 381).

Die Verantwortung trägt der Staat

Reformfreudig:
Schweden

Schweden hat sich als reformfreudiges Land erwiesen, das jedoch keinen »festen Reformplan« (Jochem 2009: 161) für die sozialen Sicherungssysteme erkennen lässt. Es reformiert sich sowohl mit kontinentaleuropäischen Elementen als auch mit angelsächsischen. Die bedeutendste Grenzverschiebung zwischen Staat und Markt zeigt sich im eingebüßten formal-politischen Einflussgrad der Gewerkschaften.

Dieser Beobachtung können aber auch die Analysen von Öberg und Sevansson entgegeng gehalten werden, die die politische Macht nach wie vor sozialdemokratisch, staatlich und gewerkschaftlich beurteilen: »Power is still concentrated in the hands of the Social Democrats and the state, as well as the principal organizations« (Öberg und Sevansson 2002: 481). Mit einem Organisationsgrad von über 80 Prozent und einer nahezu vollständigen Präsenz in allen Betrieben verfügen die Gewerkschaften nach wie vor über außerordentlich gute Voraussetzungen.

Das gelungene Ineinandergreifen der Politikfelder Arbeit, Bildung und Familie/Gender ist das neue zentrale Merkmal skandinavischer Politik. Die aktive staatliche Arbeitsmarktpolitik hat eine starke staatliche Präsenz zur Folge: Der Staat setzt Bildungsprogramme auf, gewährleistet familienpolitische Infrastruktur und fördert die soziale Dienstleistungsökonomie sowie den öffentlichen Dienst. Inklusion durch Arbeit ist das Stichwort: Gesellschaftliche Teilhabe ist als tragendes Prinzip zu erkennen.

Von staatlicher Seite werden die Voraussetzungen für den sozialen Ausgleich und für die soziale Sicherheit fokussiert. Damit geht die Hoffnung einher, dass – wenn der Markt sozial »eingebettet« (Polanyi 2001 [1944]: 75) ist – die Akzeptanz für die gesellschaftliche Ordnung wächst und der soziale Frieden gestärkt wird (Beckert 2006: 427). Aus der Befürwortung der gesellschaftlichen Ordnung erwächst in Schweden eine starke aktive Zivilgesellschaft (Gurgsdies 2006).

Im Gegensatz zum angelsächsischen wird im skandinavischen Typ davon ausgegangen, dass der marktwirtschaftliche Verteilungsmechanismus nicht allein im individuellen Interesse verankert sein kann, sondern von institutionellen und gesellschaftspolitischen Strukturen abhängt, die die kollektiven Handlungsprobleme in den Fokus nehmen. Der Bezugspunkt ist damit weniger das Individuum, sondern eher das Kollektiv.

Freiheit, Wettbewerb und sozialer Ausgleich werden im skandinavischen Typ gänzlich anders als im angelsächsischen Typ gewertet. Der Staat muss hier stark sein und den sozialen Ausgleich als Gewährleistung von Teilhabe-Chancen verstehen. Der skandinavische Typ ist geprägt von der Idee der sozialen Umverteilung. Die Verringerung sozialer Ungleichheit wird als Voraussetzung für die (politische) Freiheit der Bürger gesehen (Marshall 1950). In diesem Sinne befördert der Staat die Realisierung einer »staatsbürgerlichen Vernunft« (Habermas 1998) und trägt – in der Sprache von Amartya Sen – zur Entwicklung von »sozialen und politischen Fähigkeiten« (Sen 1985) bei.

Zusammenfassend lässt sich sagen, dass Schweden eine hochproduktive Bildungsgesellschaft mit immer noch sehr geringen Einkommensunterschieden und weitgehend öffentlichen Sicherungseinrichtungen ist (Gurgsdies 2006: 123).

Der Markt: nach wie vor sozial und staatlich »eingebettet«

Im Fokus: Gewährleistung von Teilhabe-Chancen

Zukunftsfähige Politik: zeitliche Dimensionen von Politikfeldern

Wenn etwas über die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft gesagt werden soll, ist es sinnvoll, zukunftsbezogene Politikfelder zu identifizieren. Die im Verlauf der Untersuchung angesprochenen Politikfelder haben unterschiedliche dominante Zeitdimensionen:

- Die Rentenpolitik ist ein vergangenheitsorientiertes Politikfeld, das im Zweifel zulasten der Gegenwart und Zukunft beackert wird.

- Die Arbeitsmarktpolitik ist ein gegenwartsorientiertes Handlungsfeld.
- Die Bildungspolitik kann als ein zukunftsorientiertes Handlungsfeld identifiziert werden.
- Die Politikfelder Arbeit und Bildung sind – zumindest in Schweden – mit dem der Familien- bzw. Genderpolitik stark gekoppelt: Familien-/Genderpolitik wird als Brücke zwischen Arbeit (Gegenwart) und Bildung (Zukunft) gesehen und beinhaltet damit beide zeitlichen Dimensionen.

Aus Interesse am Zukünftigen lohnt also ein zweiter Blick auf die Arbeitsmarktpolitik (Gegenwart), die Familien-/Genderpolitik (Brücke) und die Bildungspolitik (Zukunft).

Arbeitsmarktpolitik: ein gegenwartsbezogenes Politikfeld

Langzeitarbeitslosigkeit
als bedeutender Faktor

Bei allen Differenzen in der vergleichenden Politikwissenschaft ist die Forschung sich relativ einig (Jochem 2009: 57), dass das Problem einer chronischen und auf hohem Niveau verfestigten Arbeitslosigkeit eines der dringenden und folgenreichsten ist.

Die zunehmenden Arbeitslosenzahlen werden mit Sorge beobachtet. Einerseits reduzieren sie die Einnahmenbasis durch rückläufige Sozialabgaben und andererseits treiben sie die Ausgabendynamik durch steigende Ausgaben für Arbeitslosengeld und andere Sozialleistungen in die Höhe.

Langzeitarbeitslosigkeit wird als ein besonders wichtiger Indikator für die Bewertung einer erfolgreichen Arbeitsmarktpolitik gesehen: Sie gibt Hinweise auf den Zeitraum von Arbeitslosigkeit. Der Zeitraum stellt einen wichtigen Indikator der Exklusion aus wichtigen Konsum-, Kultur-, Kommunikations- und Reputationsbereichen der Gesellschaft dar (Giddens 1999; Sen 2000; Merkel et al. 2006).

Klarer Vorteil: niedrige
Langzeitarbeitslosigkeit

Im Vorteil scheint grundsätzlich jenes Staat-Markt-Verhältnis, das mit dynamischen Arbeitsmärkten für eine hohe Integration der Bevölkerung in den Arbeitsmarkt sorgt (Jochem 2009: 185). Großbritannien und Schweden verfolgen diesen Ansatz.

Zentraler Bestandteil der hohen Beschäftigungsquoten im angelsächsischen und skandinavischen Typ ist der Dienstleistungssektor. Der Weg hin zu einer vollbeschäftigungsorientierten Dienstleistungsgesellschaft wurde in beiden Typen frühzeitig eingeschlagen. Der kontinentaleuropäische Typ hängt diesen programmatischen Anpassungsleistungen hinterher, was mitunter ein Grund für die deutlich schlechtere Beschäftigungsbilanz ist.

Der viel zu hohen deutschen Langzeitarbeitslosigkeit kann zwar nicht allein mit Dienstleistungsbeschäftigung begegnet werden, doch würde Bewegung in diesem Beschäftigungssegment auch Bewegung im Kernbestand der Langzeitarbeitslosigkeit bedeuten (Jochem 2009).

Drei grundlegende Wege der Arbeitsmarktpolitik können mithilfe von Esping-Andersens Ländertypen beobachtet werden. Die passive, selektive und aktive Arbeitsmarktpolitik (Schmid 2010) ist mit den ursprünglichen Ländertypen kompatibel.

Ursprüngliche Wege der Arbeitsmarktpolitik

- Die passive Arbeitsmarktpolitik beschränkt sich auf die Festlegung der Bezugsbedingungen, Höhe und Dauer von individuellen Lohnersatzleistungen, meist im Rahmen einer Arbeitslosenversicherung, und ist im angelsächsischen Typ vorherrschend.
- Der kontinentaleuropäische Typ – allen voran Deutschland – ist von einer selektiven Beschäftigungspolitik geprägt. Diese zeichnet sich durch eine makroökonomische Politik aus, die einen (selektiven) Mix aus Fiskal-, Geld- und Strukturpolitik aufweist und wiederum mit sozioökonomischen Variablen in einer Wechselbeziehung steht. Darin kommt eine wesentliche Komponente der kulturellen Einbettung zum Ausdruck: Der Staat betreibt eine bewusste Strukturpolitik, indem er Anreize für Produktionsentscheidungen setzt und darauf hofft, dass der Markt mit positiven Beschäftigungsentscheidungen reagiert.
- Dem gegenüber steht die aktive Arbeitsmarktpolitik des skandinavischen Typs mit Schweden als Prototypen. Arbeitsangebot und Arbeitsnachfrage werden durch selektive Anreize im qualifizierenden Bereich in Ausgleich gebracht, indem bestimmte Personengruppen (z.B. Langzeitarbeitslose) durch staatlich massiv geförderte Ausbildungsprogramme fokussiert werden. Ebenso trägt der stark ausgebaute öffentliche Dienstleistungssektor zu einer hohen Beschäftigungsquote bei.

Die Arbeitsmarktpolitik der letzten Jahre hat Bewegung in die grundlegenden Wege gebracht: Es ist heute nicht mehr so eindeutig zu sagen, welche Politik – passiv, selektiv oder aktiv – von welchem Ländertyp gefahren wird. Ein Trend ist jedoch auszumachen: Alle Ländertypen bewegen sich immer mehr in Richtung einer aktiven und flexiblen Arbeitsmarktpolitik.

Veränderung der ursprünglichen Wege

Das in Großbritannien eingeführte »Working Tax Credit«-Modell verlässt seine kulturelle Einbettung und führt auf innovatives skandinavisches Territorium. Es ist arbeitsmarktpolitisch aktiv intendiert und will Ziele wie Flexibilität, Mobilität und Sicherheit am Arbeitsmarkt miteinander vereinbaren.

Großbritanniens universelle Einbettung kommt zum Zuge

Die hohen britischen Erwerbsquoten sind auf die Flexibilität im Arbeitsmarkt zurückzuführen, die durch den niedrigen Kündigungsschutz und einen Mindestlohn zustande kommt. Sicherungssysteme auf niedrigem Niveau universell zu gewährleisten, ist eines der Grundcharakteristika im angelsächsischen Typ.

Jedoch besteht keine Korrelation zwischen Arbeit und geringer Armut. Gemäß der kulturellen Einbettung des angelsächsischen Typs führen die niedrigen Steuern zu geringen Staatseinnahmen und zu einer niedrigen Sozialleistungsquote. Die Armutsbekämpfung ist durch die knappen Haus-

haltskassen stark begrenzt. Monetäre Sozialtransfers gibt es nur auf geringem Niveau und sie lassen das Phänomen der »working poor« (Merkel 2007b: 237) entstehen.

Deutschland verlässt seinen Weg, weiß aber nicht, wohin die Reise gehen soll

In Deutschland haben sich die letzten Arbeitsmarktreformen auf den Weg zu einer aktiven Arbeitsmarktpolitik gemacht. Es wurden »Konditionierungen« für die Arbeitssuchenden eingeführt: Die Politik der »Reziprozitätsnorm« (Fromm und Sproß 2008) von Leistung und Gegenleistung ist zum vorherrschenden Merkmal geworden. Hingegen gibt es in der deutschen Variante weder die Basis Mindestlohn (britische Variante), noch die enge Kopplung zwischen Bildung, Familienpolitik und Arbeit (schwedische Variante). Die Waage zwischen Fördern und Fordern ist in Deutschland nicht so austariert, wie es in den Vergleichsländern Schweden und Großbritannien der Fall ist.

Schweden kombiniert beides: Sicherheit und Flexibilität

Der dynamische schwedische Arbeitsmarkt ist wie der britische von hoher Flexibilität gekennzeichnet. Der Zugang zum Arbeitsmarkt wurde in beiden Ländern durch Abschaffung von Hürden (hoher Kündigungsschutz) erleichtert. Auch in Schweden findet eine Reziprozitätsnorm statt, jedoch bleibt der Staat als Sicherheitsnetz deutlich präsenter als im britischen Fall: Die Flexibilität ist mit hohen Lohnersatzleistungen und einer aktiv ausgerichteten Arbeitsmarktpolitik verbunden, die den Einstieg in den Arbeitsmarkt erleichtert. (Voll-)Beschäftigung und geringe Einkommensspreizung (nach Steuern) heißen damit die vorrangigen Ziele der Schweden, die dabei, mit Wolfgang Merkel gesprochen, »am besten gegen Armut absichern« (Merkel 2007b: 235).

Reziprozitätsunterschiede in kultureller Einbettung begründet

Die Unterschiede der Reziprozitätsnorm in Schweden und Großbritannien sind in der kulturellen Einbettung begründet: In Schweden wird die Erwerbsarbeit nicht nur als Sicherung des Lebensunterhalts gesehen, sondern als Grundlage der aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Leben. In Großbritannien wird dagegen die Unabhängigkeit des Individuums stärker betont: Eine »Kultur der Abhängigkeit« (Fromm und Sproß 2008) soll überwunden werden (from doel to dignity).

Familien-/Genderpolitik: Brücke zwischen Gegenwart und Zukunft

Öffentlich und privat: Trennung findet sich in den Ländertypen wieder

Die Ungleichheitsproblematik zwischen Mann und Frau kann mit der klassischen Trennung von öffentlich und privat zusammengebracht werden, die zur Herausbildung von Haushalt und Arbeitswelt geführt hat. Die politische Trennung zwischen öffentlich und privat lässt sich, besonders im Kontext von Familien- und Genderpolitik, anhand der drei Ländertypen beinahe idealtypisch darstellen:

Großbritannien als Repräsentant des angelsächsischen Typs steht durch die Betonung individueller und rechtlicher Gleichstellung (Lohngleichheit,

Antidiskriminierung) für eine rechtlich weit gereifte Geschlechterpolitik. Jedoch sind die sozialpolitischen Maßnahmen und die Erwerbsintegration vulnerabler Gruppen, allen voran alleinerziehende Mütter, im Fall Großbritannien nur sehr schwach ausgeprägt.

Großbritannien:
individuelle und
rechtliche Gleichstellung

Eine Unterstützung beim Wiedereintritt ins Erwerbsleben nach Elternzeit ist für diejenigen, die eine Bedürftigkeitsprüfung (needtests) durchlaufen haben, mit dem steuerfinanzierten Tax-Credit-System vorgesehen. Die liberale Idee, die darauf abzielt, möglichst viel über privatwirtschaftliche Mechanismen zu regeln, statt den Staat intervenieren zu lassen, kommt in der Familien-/Genderpolitik zum Ausdruck. Familienpolitische Infrastrukturleistungen sind meist auf private Initiativen zurückzuführen.

Als Repräsentant des kontinentaleuropäischen Typs ist in Deutschland die Anwendung des Subsidiaritätsprinzips ein wesentlicher Pfeiler der Familien-/Genderpolitik: Es wird erst dann staatlich eingegriffen, wenn private oder organisierte Kräfte die Aufgaben nicht mehr bewältigen können.

Deutschlands
Subsidiaritätsprinzip
führte zur konservativen
Familienpolitik

Die kulturelle Einbettung hat dazu geführt, dass sich der Staat lange Zeit aus der Familien-/Genderpolitik gestalterisch herausgehalten hat und damit ein bestimmtes Familien- und Frauen- bzw. Männermodell unterstützte: Die Ehe und das männliche Ernährermodell wurden gefördert. Über den Status der Ehefrau wird die Frau nach wie vor in die Sozialversicherung integriert, also beim Mann mitversichert. Steuererleichterung (Ehegattensplitting) sowie Kindergeld wirken als zusätzliche »Anreize« für die Frau, nicht oder nur geringfügig berufstätig zu werden.

Dieses Politikfeld wandelt sich in Deutschland momentan: Durch die Steigerung der Frauenerwerbsquote sowie die wachsende Zahl alleinerziehender Mütter kam die traditionelle Arbeitsteilung – männlicher Ernährer und weiblicher Haushalt – unter Druck. Nicht zuletzt hat die Frauenbewegung Dynamik in dieses Feld gebracht. Nach wie vor aber werden in Deutschland Ehe und Familie steuerrechtlich bevorzugt und damit die Dynamiken in diesem Feld in die kulturelle Einbettung eingeflochten und anschlussfähig umgesetzt.

Im Gegensatz dazu setzt sich Schweden als skandinavischer Typ für die Verbesserung der weiblichen Erwerbsteilhabe ein. Die Familienpolitik zielt auf Vollbeschäftigung von Mann und Frau und ist mit kollektiven Vereinbarungen versehen. Vor allem ist der Anspruch auf öffentliche Kinderbetreuung wichtig für die Durchsetzung des im skandinavischen Typ vorherrschenden Familien- und Frauenbildes. Der schwedische Zweiverdienerhaushalt kann auf ein gut ausgebautes, überwiegend staatlich finanziertes familienpolitisches Infrastrukturnetz zurückgreifen.

Schweden:
Zweiverdienerhaushalt
mit staatlicher
Infrastruktur

In Schweden geht es um die Ansprüche der Frau – und nicht die der Ehefrau. Zwei grundlegende kulturelle Prinzipien sind dabei entscheidend: das Universalprinzip sowie die Individualbesteuerung. Ersteres bedeutet, dass soziale Leistungen an den Staatsbürgerstatus gekoppelt sind. Letzteres hängt

Politisch gewollt: frühe
Emanzipation der Frauen

eng mit dem Universalprinzip zusammen und steht für die individuelle Einklagbarkeit sozialer Rechte. Sie stellen ein Recht dar und müssen weder durch vorherige Eigenleistungen oder Beiträge erwirtschaftet werden, noch sind sie an den Familienstand geknüpft.

Hinter der Individualbesteuerung steht der Gedanke, »keine spezielle Form des Zusammenlebens« (Menningen 1971: 61) durch Besteuerung zu begünstigen. Bereits 1969 hieß es bei den schwedischen Sozialdemokraten: »Die Besteuerung soll gleich sein, ungeachtet des Geschlechts und des Familienstandes« (Schwedisches Institut 2003: 4).

Mit dem Wegfall des Splittingvorteils zusammenlebender Paare erhöhte sich die ohnehin starke Steuerbelastung von Alleinverdienerhaushalten, die nur durch die Erwerbstätigkeit beider Partner gemildert werden konnte (Gurgsdies 2006: 69). Insgesamt wurde das »kleine Leben der Hausfrauen« (Köhler 2001: 219) in Schweden für das schwedische Volksheim im Vergleich zu den anderen beiden Typen früh verändert: Bereits 1930 wurde der Grundsatz, »jeden Mensch ökonomisch als Individuum zu behandeln« (ebd.), eingeführt, der zu einer frühen Emanzipation und Unabhängigkeit der Frau geführt hat.

Bildungspolitik: ein zukunftsbezogenes Politikfeld

Bildung:
Zentralkategorie der
Sozialpolitik

Eine hohe gesellschaftliche Bildung und ein gut funktionierendes Bildungssystem entscheiden maßgeblich über das Innovationspotenzial von Wirtschaftssystemen, über langfristige Wachstumsdynamik und gesellschaftliches Wohlergehen. Die Bildungspolitik leistet auf individueller Ebene einen wichtigen Beitrag zur »Inklusion in alle gesellschaftlichen Funktionssysteme« (Opielka 2005: 127) und stellt die Basis »erwerbsbiographischer Pfadabhängigkeit« (Schmid 2010: 423) dar. Dies ist auch der Grund, warum Bildungspolitik eine Zentralkategorie der Sozialpolitik sein muss.

Kulturelle Einbettungen
auch in der Bildungs-
politik sichtbar

Anhand des angelsächsischen Typs England lässt sich idealtypisch ein stark diversifiziertes Bildungsmodell illustrieren: Bereits die Vorschullandschaft ist von einem öffentlich-privaten Dualismus geprägt. Der gemeinsame Schulbesuch beträgt sechs bis sieben Jahre, an die sich eine integrative Sekundarschule anschließt. Die bildungspolitische Weichenstellung wird den Markt- und Wettbewerbsmechanismen übertragen, sodass es zur höchsten Dichte von Privatschulen und Privatuniversitäten im Vergleich zu den anderen Einbettungen kommt.

Deutschland als konservativer Typ weist demgegenüber diverse Merkmale auf, die für eine deutliche Ausdifferenzierung und Selektion im Bildungsbereich sprechen. Die getrennten Vorschuleinrichtungen gehen immer mehr in Kindergärten auf, die ab einem Alter von drei Jahren besucht werden. Das Schulmodell zeichnet sich durch eine relativ kurze gemeinsame Schulzeit

aus (4 Jahre), mit einem anschließenden ausdifferenzierten Sekundarschulsystem (Haupt-, Realschule und Gymnasium).

Die hohe Abhängigkeit der Bildungschancen vom sozialen und familiären Hintergrund findet seine Manifestation im dreigliedrigen Schulsystem und der – im Vergleich zu Schweden – deutlich stärker zerklüfteten Hochschullandschaft (Schmid 2010). In Deutschland scheint die viel bezeichnete Bildungsexpansion der letzten Jahrzehnte somit nicht anzukommen. Die OECD beispielsweise kritisiert im Rahmen ihrer viel beachteten jährlichen Studie »Bildung auf einen Blick« (OECD 2010) die in Deutschland zu große Abhängigkeit der Bildungschancen vom sozioökonomischen Hintergrund.

Das System perpetuiert damit den familiären Hintergrund und spiegelt die kulturelle Einbettung des kontinentaleuropäischen Typs, besonders die statusbezogenen und statuserhaltenden Elemente, auf eindrucksvolle Art wider. Wenn also »Bildungspolitik als eine auf die Zukunft gerichtete Sozialpolitik« (Schmid 2010: 441) verstanden wird, steht Deutschland im internationalen Vergleich nicht zukunftsfähig da.

Der skandinavische Typ fällt dagegen im PISA-Test regelmäßig als in sich geschlossene Gruppe von Spitzenreitern auf. Die skandinavischen Länder sind alle mit offenen, integrativ ausgerichteten Bildungsinstitutionen ausgestattet. Die staatlich ausgebauten Kinderbetreuungsstrukturen ermöglichen, dass über 80 Prozent der Kinder unter sechs Jahren die Vorschule besuchen (Veil 2003, 2006; Gries et al. 2005).

Die Einrichtungen des elementaren Bildungsbereichs sind nicht nur ein familien-/genderpolitisches Instrument, sondern sie sind ein wesentlicher Pfeiler zur Vorbereitung auf den Schulbesuch. Hinzu kommt das skandinavische Gesamtschulmodell, das eine integrative Wirkung entfaltet und als Motor der Chancengleichheit wirkt. Vor allem im Hochschulbereich gilt Schweden als besonders integrativ (Teichler 2004).

Insgesamt kann festgehalten werden, dass Bildung eine *Conditio sine qua non* für eine gelungene Arbeitsmarktpolitik ist. »Wer heute gut ausgebildet wird, muss morgen nicht vom Sozialstaat finanziert werden« (Schmid 2010: 442). Damit wird das Zukunftsfeld Bildung zur Voraussetzung für das Gegenwartsfeld Arbeit. Am erfolgreichsten umgesetzt ist dies in Schweden, das Arbeits-, Bildungs- und Familien-/Genderpolitik miteinander verwoben hat und damit als Vorbild für den weniger gut dastehenden kontinentaleuropäischen Typ Deutschland dienen kann.

Deutschland in Sachen Bildung nicht zukunftsfähig

Schweden: integrative Bildungspolitik mit Fokus auf Chancengleichheit

Bildung als Voraussetzung für Arbeit

Vorbilder identifizieren und den eigenen Kontext prüfen

Ganz unbestritten haben die hier vorgestellten Länder vieles gemeinsam: Sie sind nicht nur wohlhabend, marktwirtschaftlich, verfassungsstaatlich und demokratisch, sondern stehen auch vor sehr ähnlichen ökonomischen, ökologischen und sozialen Herausforderungen. Aber in ihren kulturellen Einbettungen, gerade in Bezug auf das Staat-Markt-Verhältnis, sind sie – wie sich gezeigt hat – sehr unterschiedlich.

Vor dem Hintergrund der kulturellen Einbettung kann die zentrale Bedeutung eines vergleichenden Ansatzes nicht sein, Best-Practice-Modelle zu identifizieren und diese dann, im Sinne eines simplen Kopierens, auf andere national-kulturell bedingte Zusammenhänge zu übertragen.

Ein als gut befundenes Modell muss auch im Hinblick auf die dahinterstehenden Wertemuster untersucht werden, die dieses Modell im spezifischen Kontext funktionieren lassen. Die folgende Tabelle fasst die kulturellen Einbettungen zusammen, über die kommuniziert werden sollte, wenn eine Reformidee implementiert werden will.

Rückblick: pfadtreue Veränderungen der kulturellen Einbettung

Kulturelle Einbettung ist
keine Zwangsjacke

Die lange Persistenz der Ländertypen hat dem Argument der kulturellen Einbettung und der Pfadabhängigkeit sozialstaatlicher Entwicklungen Auftrieb gegeben – trotz aller erkennbaren Mischungen und Überlagerungen (Puhle 2010: 202).

Dennoch ist weder die kulturelle Einbettung noch die Pfadabhängigkeit eine Zwangsjacke. Dies sind keine Gräben, aus denen nicht herausgefahren werden könnte; es sind eher ausgefahrene Wege, denen gefolgt wird, weil ihnen bisher immer gefolgt wurde. Das Verlassen der bekannten Wege bedeutet (zumindest kurzfristig) höhere Kosten; dies gilt auch für den erhöhten Kommunikationsbedarf.

Angelsächsische
Klammer: Individuum
und Selbstorganisation

Großbritannien hat in den letzten Jahrzehnten durchaus Dynamiken zu verzeichnen, ist aber – im Vergleich mit den anderen zwei Ländern – seiner kulturellen Einbettung am nächsten geblieben und hat sogar eigene liberale Grundmomente verstärkt.

Das angelsächsische Selbstbewusstsein wird getragen von der Kritik an den beiden anderen kulturellen Einbettungen: Die dortige Dominanz des Staates verdränge – so das angelsächsische liberale Argument – mögliche Selbsthilfepotenziale von unten.

Die gegenwärtige britische Reformpolitik bleibt dieser grundlegenden Kritik treu und zielt immer stärker auf die individuelle Verantwortung. Die zivilen Selbstorganisationskräfte besonders im sozialen Sektor nehmen dabei

Tabelle 1: Kulturelle Einbettungen

Variable	angelsächsischer Typ Großbritannien	kontinental- europäischer Typ Deutschland	skandinavischer Typ Schweden
zentrale Rolle von			
Markt	zentral	marginal	marginal
Staat	marginal	subsidiär	zentral
Individuum/Familie	Individuum	Familie	Individuum
Freiheit des Individuums			
vom Markt	schwach	mittel	stark
vom Staat	stark	mittel	schwach
Solidarität			
Wie findet sie statt?	individuell (Selbstverantwortung)	Verwandtschaft/ Korporatismus in Freiheit	universell (Umverteilung)
Wo findet sie statt?	Markt	Familie/Verbände	Staat
zivilgesellschaftliches Engagement	Markt/Selbstorganisation: Individuum ist gezwungen, auch zivilgesellschaftlich tätig zu werden	Gemeinschaft/Bürger- gesellschaft/Subsidiarität: Dominanz traditioneller gemeinschaftlicher Institutionen; Förderung von Gemeinschaften und Familien	Staat/Sozialpartnerschaft: Unterstützung von Engagement, Ausstattung des Individuums mit Ressourcen
Denkrichtung			
regulative Idee	Freiheit, Selbstverantwortung	Wettbewerb, Status und Hierarchie	sozialer Ausgleich, Universalismus
in der Handlung	bottom up, Grassroots, Zivilgesellschaft	top down, Familie	reziprok: top down und bottom up
politische Semantik	Freiheit, ökonomische Argumentation, Wettbewerb	Wettbewerb, Konsens, Kooperation, Sozial- partnerschaft	Konsens, Verhandlung, Integration, sozialer Ausgleich, Gerechtigkeit, Entfaltung, Kooperation
Zeitbezug Gegenwart: Arbeitsmarktpolitik			
Bezugspunkt staatlicher Intervention	Wahrung der Vertragsfreiheit	Stabilität des Normal- arbeitsverhältnisses	Sicherung der Vollbeschäftigung
Rolle des Staates	Marktaktivierer	Kompensierer	Arbeitgeber
gesellschaftlicher Struktureffekt	Exklusion	Segmentierung	Inklusion
Zeitbezug Gegenwart und Zukunft: Familienpolitik/Geschlechtergerechtigkeit als Brücke			
Wo findet sie statt?	privat (Markt)	privat (Familie)	öffentlich (Staat)
Zeitbezug Zukunft: Bildungspolitik			
gesellschaftlicher Struktureffekt	Diversifikation	Ausdifferenzierung durch Selektion	Integration

zu: Nicht der Staat wird hier in der Pflicht gesehen, sondern das Individuum respektive die Gemeinschaft.

Angelsächsisch liberal kombiniert Großbritannien skandinavische Semantik, wie Gerechtigkeit und Vollbeschäftigung, in der Arbeitsmarktpolitik mit dem Tax-Credit-Modell. Unter den Schlagworten »welfare to work« und »making work pay« wird versucht, eine stärker aktivierende, auf Arbeit ausgerichtete Sozialpolitik zu betreiben. Es scheint, als ob Großbritannien weiterhin auf dem Pfad niedriger Sozialleistungen bleibt, dabei aber die bildungspolitischen Bemühungen verstärkt, Menschen in Arbeit zu bringen.

Von allem
ein bisschen:
Deutschland
reformiert sich

Deutschland weist im Vergleich zu Großbritannien eine größere Reformdynamik auf, insbesondere bei der Entfernung zur eigenen Einbettung. Über die unterschiedlichen Politikfelder hinweg können »Ungleichzeitigkeiten bei der programmatischen Entwicklungsdynamik« (Jochem 2009: 332) beobachtet werden. Die Regulierungsdichte von staatlicher Seite ist nach allem Reformieren hoch. Aus diesem Grund stellt Manfred G. Schmidt eine »Privatisierung und Etatisierung« (Schmidt 2003: 249) gleichermaßen fest – ein Weg, der in der kulturellen Einbettung Deutschlands anschlussfähig ist.

Die staatliche Regieführung setzt der Selbstorganisation hierzulande enge Grenzen und bindet diese politisch und hierarchisch ein. Auch ist die Reformbewegung hin zu einer (staatlich gewährleisteten) »Solidarität in Freiwilligkeit« (Siegel 2007: 265) anschlussfähig – sei es in der Sozialpartnerschaft, im familienpolitischen Infrastrukturbereich, in der Arbeitsmarkt- oder Rentenpolitik. Hier werden zwei wesentliche Komponenten der kulturellen Einbettung angesprochen: das der Effizienz bzw. des Wettbewerbs und das der Subsidiarität.

Insgesamt bleibt Deutschland seiner komplexen Arbeitsverschränkung von Staat und Markt treu, jedoch mit dem mehr oder weniger gelungenen Versuch, mehr Elemente aus dem angelsächsischen als aus dem skandinavischen Kontext im eigenen System zu integrieren.

Schweden: höchste
Reformdynamik,
skandinavisch
eingebettet

Schweden hat die wohl größte Reformdynamik der drei untersuchten Länder. Damit hat sich das Land am weitesten von seiner kulturellen Einbettung entfernt. Dies ist etwa im Rentensystem zu beobachten, wo das »Juwel der schwedischen (Wohlfahrts-)Krone« (Jochem 2009: 157) umfassend reformiert wurde und es letzten Endes zu einer Abschaffung der universellen Volksrente kam.

Damit wurde die Bedeutung des Gleichheitspostulats verringert. Im internationalen Vergleich jedoch hat es nach wie vor einen höheren Stellenwert als andernorts. Aus vergleichender Perspektive kann Schweden noch zu dem skandinavischen Typ gezählt werden, jedoch mit starker liberaler Öffnung, die sich zumindest temporär in einer Verschiebung der Machtverhältnisse zuungunsten der Gewerkschaftsbewegung – die für diese kulturelle Einbettung sehr prägend war – zeigt.

Die Kombination und das Zusammenarbeiten von Bildungs-, Arbeits- und Familien-/Genderpolitik ist ein schwedisches (respektive skandinavisches)

Alleinstellungsmerkmal, das, der kulturellen Einbettung folgend, auf einen starken Staat setzt.

Die schwedischen Reformpfade haben auch Selbstorganisationselemente verstärkt angesprochen. Die Reformen können jedoch als Beispiel für eine moderne Verflechtung von Sozialstaat und Zivilgesellschaft erhalten. Das Aktivierungsprinzip auf dem Arbeitsmarkt spricht die einzelnen Bürgerinnen und Bürger direkt und fordernd an. Der Staat bleibt aber durch flankierende aktive und alltäglich sichtbare Unterstützungsleistungen für die Bevölkerung zentraler Bestandteil lebensweltlicher Erfahrung – im Gegensatz zum angelsächsischen und kontinentaleuropäischen Aktivierungsprinzip.

Selbstorganisation auf
Skandinavisch

Die Aktivierung am Arbeitsmarkt beinhaltet in Schweden in erster Linie keine Androhung von Konsequenzen im Fall nicht regelkonformen Verhaltens, wie dies in Deutschland zu beobachten ist. Wichtiger und normativ bedeutender ist, dass die schwedische staatliche Sozialverwaltung den Bürgern dabei hilft, aus eigener Kraft wieder Anschluss zu finden.

Von Schweden lernen

Hier wird eine »Ergänzung durch eine Gesellschaftspolitik, die den Menschen nicht nur funktionell als Produzenten und Konsumenten, sondern auch in seiner persönlichen Existenz sieht« (Müller-Armack 1976: 235) umgesetzt. Die zentrale Forderung von Müller-Armack – eines Gründungs-vaters der Sozialen Marktwirtschaft, die für den kontinentaleuropäischen Typ Deutschland so bedeutend ist – wird damit im skandinavischen Typ verwirklicht.

Es zeichnet sich dementsprechend ein Trend ab: Der angelsächsische Typ scheint sich zumindest in seinen integrierbaren und anschlussfähigen Elementen in den anderen zwei Typen durchzusetzen. Es kommt aber derzeit nicht zu einer Aufgabe der eigenen kulturellen Einbettung – weder im skandinavischen Schweden noch im kontinentaleuropäischen Deutschland – trotz teils weitreichender Reformen. Es sind einzelne liberale Elemente oder Zusammenhänge, die anschlussfähig im kulturellen Kontext wirksam werden.

Trotz angelsächsischen
Trends bleibt der eigene
Weg gewahrt

Ausblick: ein zukunftsfähiges Verhältnis von Staat und Markt

Die kulturelle Einbettung kann als Reformhindernis oder als Chance begriffen werden. Letzteres ist Anliegen dieser Untersuchung. Kulturelle Einbettung im Licht der Herausforderungen zu reflektieren, lässt erhaltenswerte Momente und Ressourcen einer Gesellschaft sichtbar werden.

Kulturelle Einbettung:
Chance für
Veränderungsprozesse

Die tragenden Momente einer Gesellschaft sollten jedoch nicht zum Instrument des Status-quo-Erhalts werden. Ganz im Gegenteil: Sie sollten als Möglichkeit ergriffen werden, über die Tagespolitik hinausgehende Überlegungen anzustellen. Wenn sich langfristige – in diesem Sinne nachhaltige – Reformpfade auf Gegebenes beziehen, können sie vor dem Hintergrund der kulturellen Einbettung anschlussfähig kommuniziert werden.

Frage nach einem
gelungenen
Staat-Markt-Verhältnis
bleibt bestehen

Politik und Gesellschaft werden zukünftig mit der Frage beschäftigt sein, wie ein gelungenes Verhältnis zwischen Staat, Markt, Familie und Individuum gestaltet sein sollte. Das neu zu justierende Verhältnis sollte die Antwort auf überzogene Erwartungen und Anforderungen in Zeiten knapper Staatskassen sein.

Das Feld von zivilgesellschaftlichem, selbstorganisatorischem Engagement, die Bereitschaft also, Verantwortung und Solidarität nicht nur staatlich zu gestalten, scheint im Diskurs über die Zukunftsfähigkeit von Gesellschaft eine wesentliche Rolle zu spielen.

Ulrich Beck lässt gar die gesamte Gestaltung sozialer Wirklichkeit und die Garantie des Zusammenhaltens der Gesellschaft durch die »Reflexivität des Modernisierungsprozesses« (Beck 2002) in die selbstorganisatorischen, zivilgesellschaftlichen Bereiche abwandern. Ganz ohne Zweifel ist dies eine wichtige Ergänzung zur traditionellen Praxis und Theorie in der Dichotomie von Staat und Markt.

Als vorläufiges Fazit dieser zukunftsweisenden Debatte steht ein wichtiges Moment für die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft: Zivilgesellschaftliches, selbstorganisatorisches Engagement kann in vielfältiger, wenngleich auch schwer messbarer Weise das Humanvermögen einer Gesellschaft stärken, ihre Leistungsfähigkeit im umfassenden Sinn verbessern und damit ihre Zukunftsfähigkeit stärken.

Auch kann sie – und dies ist sicher eine Besonderheit der Sozialen Marktwirtschaft – in spezifischer Weise Freiheit und Verantwortung nachhaltig verknüpfen. Jedoch kommt es auf die geschickte Verbindung und gegenseitige Verstärkung (Schuppert 2002, 2004 und Joas 2001) von Staat, Markt und dessen Brücke, wie auch immer diese gestaltet sein mag, an.

Zukunftsweisend: der
freundschaftliche und
fördernde Staat

Die damit einhergehende politische Verständigung über das spezifische, durchaus in vielen Bereichen gut funktionierende Verhältnis von Staat und Markt darf gelobt werden, soll indes aber nicht über den Diskurs der zukünftigen Gesellschaftsverträglichkeit hinweggehen. Die Gesellschaftsverträglichkeit hängt – auch das hat der Vergleich gezeigt – ganz wesentlich mit einem helfenden, sozialen und freundschaftlich fördernden Staat zusammen (Honeth 2001 und Opielka 2004).

Abschließend lässt sich sagen, dass zivilgesellschaftliche Strukturen zwar als »Einübungsfeld demokratischer Bürgertugenden« (Gurgsdies 2006: 96) unverzichtbar sind, sie aber den Staat nicht ersetzen können. Die Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft hängt somit maßgeblich davon ab, inwiefern alle Bürgerinnen und Bürger mit den notwendigen materiellen Ressourcen ausgestattet sind, um ihre politischen Rechte wahrnehmen und an Gesellschaft und Wirtschaft effektiv teilhaben zu können.

Dank

»Viele Missverständnisse entstehen dadurch, dass ein Dank nicht ausgesprochen, sondern nur empfunden wird« (Ernst R. Hauschka). Um diesem Missverständnis vorzubeugen, möchte ich den Menschen, die mich bei dieser Arbeit unterstützt haben, danken.

Allem voran gilt mein Dank der Bertelsmann Stiftung, die mir bei der Erarbeitung des Themas freien Lauf gelassen und es finanziell unterstützt hat. Besonderer Dank gilt Dr. Stefan Bergheim, Direktor des Zentrums für gesellschaftlichen Fortschritt. Er hat diese Arbeit mit seiner offenen Art und zielgerichteten Unterstützung ermöglicht. Außerdem war seine Betreuung in wesentlichen Fragen richtungweisend und die Hilfe auf organisatorischer Ebene von höchstem Wert. Danken möchte ich Veronica Barth, ebenfalls Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt, für ihre Korrekturarbeit mit »lesefreundlichen Anmerkungen«.

Zahlreiche Diskussionen auf Tagungen und Workshops mit Kolleginnen und Kollegen aus sehr unterschiedlichen Disziplinen förderten die transdisziplinäre Sichtweise. Hier gilt besonderer Dank Prof. Dr. Peer Zumbansen, Prof. Dr. Nils Goldschmidt und Dr. Friedericke Hardering. Danken möchte ich überdies auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bertelsmann Stiftung Dr. Jan Arpe, Dr. Juliane Landmann, Dr. Ole Wintermann, Andrea Kuhn und Cortnie Shupe für ihre konstruktiven Perspektiven. Last not least bedanke ich mich bei Anna Luise Sulimma von TrendSketcher für ihre tollen Illustrationen.

Literatur

- Adler-Karlsson, Gunnar. *Funktionaler Sozialismus. Ein Glaubensbekenntnis zur modernen Demokratie*. Düsseldorf 1973.
- Albert, Michel. *Kapitalismus contra Kapitalismus*. Frankfurt am Main 1991.
- Anderson, Uwe, und Richard Woyke. *Handwörterbuch des politischen Systems der Bundesrepublik Deutschland*. Frankfurt am Main 2003.
- Beck, Ulrich. *Macht und Gegenmacht im globalen Zeitalter*. Frankfurt am Main 2002.
- Beckert, Jens. »Wer zähmt den Kapitalismus?« *Transformationen des Kapitalismus*. Hrsg. Jens Beckert, Bernhard Ebbinghaus, Anke Hassel und Philip Manow. Frankfurt am Main 2006. 425–442.
- Beyme, Klaus von. *Das politische System der Bundesrepublik Deutschland. Eine Einführung*. Wiesbaden 2004.
- Blum, Reinhard. *Soziale Marktwirtschaft und Wirtschaftspolitik zwischen Neoliberalismus und Ordoliberalismus*. Tübingen 1969.
- Bode, Ingo. »Das Ende der Einheit – Die Transformation von Staatlichkeit im desorganisierten Wohlfahrtskapitalismus«. *Wohlfahrtsstaat – Transformation und Perspektiven*. Hrsg. Susanne Lütz und Roland Czada. Wiesbaden 2004. 67–90.
- Butterwegge, Christoph. *Krise und Zukunft des Sozialstaates*. Wiesbaden 2005.
- Castle, Francis G. *Families of Nations. Patterns of Public Policy in Western Democracies*. Aldershot 1993.
- Castle, Francis G. *The Future of the Welfare State. Crisis Myths and Crisis Realities*. Oxford 2004.
- Clasen, Jochen, und Daniel Clegg. »Levels and Levers of Conditionality: Measuring Change. The Dependent Variable Problem in Comparative Analysis.« *Investing Welfare State Change: »The Dependent Variable Problem« in Comparative Analysis*. Hrsg. Jochen Clasen und Nico A. Siegel. Cheltenham 2007. 166–197.
- Czada, Roland. »Institutionelle Theorien in der Politik«. *Lexikon der Politik*. Hrsg. Dieter Nohlen und Winfried Schultze. München 1995. 205–213.
- Czada, Roland. »Grenzprobleme zwischen Politik und Markt«. *Politik und Markt. Politische Vierteljahresschrift PVS. Sonderheft 34*. Hrsg. Roland Czada und Reinhard Zintl. Wiesbaden 2003. 11–30.
- Denzau, Arthur T., und Douglass C. North. »Shared Mental Models. Ideologies and Institutions«. *Kyklos* 47 (1) 1994. 3–31.
- Dettling, Daniel, und Markus Becker. *Wie sozial ist Europa? Eine vergleichende Analyse der wichtigsten Indikatoren zur gesellschaftlichen Zukunftsfähigkeit der EU*. Berlin 2009.
- Deutschmann, Ralf. *Kreativität als Verheißung und Verhängnis. Vortrag zum 35. Jubiläumsjahr des Sozialwissenschaftlichen Instituts der EKD in Bochum*. 2004.

- Diamond, Larry. *Political Culture and Democracy in Developing Countries*. Boulder 1994.
- Diamond, Larry, Marc F. Plattner und Chu T. H. Yun-Han. *Consolidating the Third Wave Democracies*. Baltimore 1997.
- Easton, David. *A System Analysis of Political Life*. Chicago und London 1965.
- Eckstein, Harry. *A Theory of Stable Democracy*. Princeton 1966.
- Eppler, Erhard. *Auslaufmodell Staat?* Frankfurt am Main 2005.
- Erhard, Ludwig. *Wohlstand für Alle*. Düsseldorf 1957.
- Esping-Andersen, Gosta. *Politics against Markets*. Princeton 1985.
- Esping-Andersen, Gosta. *The Three Worlds of Welfare Capitalism*. Cambridge 1990.
- Esping-Andersen, Gosta. *Welfare States in Transition. National Adaptations in Global Economies*. London 1996.
- Esping-Andersen, Gosta. *The Social Foundations of Postindustrial Societies*. Oxford 1999.
- Etzioni, Amitai. *Die faire Gesellschaft. Jenseits von Sozialismus und Kapitalismus*. Frankfurt am Main 1996.
- Eucken, Walter. *Grundsätze der Wirtschaftspolitik*. 6., durchgesehene Auflage. Tübingen 1990 [1952].
- Evers, Adalbert, und Thomas Olk. *Wohlfahrtspluralismus*. Opladen 1995.
- Fromm, Sabine, und Cornelia Sproß. *Aktivierende Arbeitsmarktpolitik*. IAB Kurzbericht 4/2008. Roggentin 2008.
- Funk, Lothar. »New Economy und die Politik des Modernen Dritten Weges«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B16–17 2001. 24–31.
- Gallus, Alexander, und Eckhard Jesse. »Was sind dritte Wege? Eine vergleichende Bestandsaufnahme«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B16–17 2001. 6–15.
- Gehlen, Arnold. *Der Mensch*. Wiesbaden 1995.
- Giddens, Anthony. *Der Dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie*. Frankfurt am Main 1999.
- Green-Pedersen, Christoffer. *How Politics Still Matters. Retrenchment of Old Age Pensions, Unemployment Benefits and Disability Pensions, Early Retirement Benefits in Denmark and Netherlands from 1982 to 1998*. Universität Aarhus. 2000.
- Gries, Jürgen, Mathias Lindenau, Kai Maaz und Uta Waleschkowski. *Bildungssysteme in Europa. Kurzdarstellungen*. Berlin 2005. Online verfügbar unter: www.bertelsmann-stiftung.de/bst/de/media/xcms_bst_dms_11327_11328_2.pdf (Download 25.2.2011).
- Gurgsdies, Erik. »Schweden: Zivilgesellschaft im universalistischen Wohlfahrtsstaat«. Hrsg. Thomas Meyer und Jan Turowski. *Praxis der Sozialen Demokratie*. Wiesbaden 2006. 47–129.
- Habermas, Jürgen. »Jenseits des Nationalstaats? Bemerkungen zu Folgeproblemen der wirtschaftlichen Globalisierung«. *Politik der Globalisierung*. Hrsg. Ulrich Beck. Frankfurt am Main 1998. 67–84.

- Hall, Peter A., und David Soskice. *Varieties of Capitalism: The Institutional Foundations of Comparative Advantage*. Oxford 2001.
- Hall, Peter A., und Daniel W. Gingerich. *Varieties of Capitalism and Institutional Complementaries in the Macroeconomy. An Empirical Analysis*. MPIFG, Discussion Paper 04/5. Köln 2004.
- Heclo, Hugh, und Henrik Madsen. *Policy and Politics in Sweden. Principled Pragmatism*. Philadelphia 1987.
- Heinrichs, Karl. »Alterssicherungspolitik in Deutschland: Zwischen Kontinuität und Paradigmenwechsel«. *Gesellschaft mit beschränkter Hoffnung: Reformfähigkeit und die Möglichkeit rationaler Politik*. Hrsg. Petra Stykow und Jürgen Beyer. Wiesbaden 2004. 266–286.
- Heinze, Rolf. *Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des »Modell Deutschland«*. Wiesbaden 1998.
- Henningsen, Bernd. *Der Wohlfahrtsstaat in Schweden*. Baden-Baden 1986.
- Hofstede, Geert. *Lokales Denken, globales Handeln. Interkulturelle Zusammenarbeit und globales Management*. München 2006.
- Honneth, Axel. *Leiden an Unbestimmtheit. Eine Reaktualisierung der Hegelschen Rechtsphilosophie*. Stuttgart 2001.
- Hort, Sven. »Sklerose oder ständige Bewegung? Das schwedische Wohlfahrtsystem«. *Europäische Wohlfahrtssysteme*. Hrsg. K. Schubert. Wiesbaden 2008. 525–548.
- Jahn, Detlef. »Das politische System Schwedens«. *Die politischen Systeme Westeuropas*. Hrsg. Wolfgang Ismayer. Wiesbaden 2009. 107–150.
- Joas, Hans. »Ungleichheit in der Bürgergesellschaft. Über einige Dilemmata des Gemeinnsinns«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B25–26 2001. 15–23.
- Jochem, Sven. »Konzertierung und Parteienwettbewerb. Das schwedische Modell im Wandel«. *Konzertierung, Verhandlungsdemokratie, Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich*. Hrsg. Sven Jochem und Nico A. Siegel. Opladen 2003. 271–311.
- Jochem, Sven. *Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Deutschland im internationalen Vergleich*. Berlin 2009.
- Johannesson, Jan. »Schwedische Arbeitsmarktpolitik: Eine Politik, die ihre Grenzen überschritten hat?«. *Schweden im Wandel*. Hrsg. Claudius H. Riegler und Olaf Scheider. Berlin 1999. 287–302.
- Kersbergen, Kees van. »The declining resistance of welfare states to change?«. *Survival of the European Welfare State*. Hrsg. Stein Kuhnle. London und New York 2000. 19–36.
- Kiwit, Daniel, und Stefan Voigt. »Überlegung zum institutionellen Wandel unter Berücksichtigung des Verhältnisses interner und externer Institutionen«. *ORDO* 46 1995. 117–147.
- Klitgaard, Michael Baggessen. »Why are they doing this? Social Democracy and Market-Orientated Welfare State Reforms«. *West European Politics* 1 (30) 2007. 172–194.

- Kocka, Jürgen. »Zivilgesellschaft und Sozialstaat«. *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*. Hrsg. Ulrich Becker, Hans Günther Hockerts und Klaus Tenfelde. Marburg 2010. 287–296.
- Köhler, Peter A. »Schweden: Der wachsende Anteil der alten Bevölkerung und die aktuelle Reform des Systems der Alterssicherung«. *Demografischer Wandel und Alterssicherung*. Hrsg. Hans-Joachim Reinhard. Baden-Baden 2001. 185–226.
- Köhler, Peter A. »Das Ende des \«schwedischen Volksheims\»?«. *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*. Hrsg. Ulrich Becker, Hans Günter Hockerts und Klaus Tenfelde. Marburg 2010. 213–238.
- Korpi, Walter, und Joakim Palme. »The paradox of redistribution and strategies of Equality: Welfare state institutions, inequality and poverty in the Western countries«. *American Sociological Review* (63) 1998. 661–687.
- Krell, Christian. »Großbritannien. Nachzügler oder Vorreiter?«. *Praxis der Sozialen Demokratie*. Hrsg. Thomas Meyer und Jan Turowski. Wiesbaden 2006. 130–241.
- Lindblom, Anders. »Dismantling the Social Democratic Welfare Model? Has the Swedish Welfare State Lost Its Defining Characteristics?«. *Scandinavian Political Studies* 24 (3) 2001. 171–193.
- Lütz, Susanne. »Staat und Markt im internationalen Vergleich«. *Politik und Markt, PVS Sonderheft*. Hrsg. Reinhard Zintl und Roland Czada. Wiesbaden 2003. 351–388.
- Lütz, Susanne. »Der Wohlfahrtsstaat im Umbruch – Neue Herausforderungen, wissenschaftliche Kontroversen und Umbauprozesse«. *Wohlfahrtsstaat – Transformation und Perspektiven*. Hrsg. Susanne Lütz und Roland Czada. Wiesbaden 2004. 11–38.
- Luhmann, Niklas. *Soziale Systeme*. Frankfurt am Main 1984.
- Marshall, Trevor H. *Citizen and Social Class and Other Essays*. Cambridge 1950.
- Marx, Karl. »Vorwort zur ersten Auflage«. *Das Kapital und das Manifest der Kommunistischen Partei*. Hrsg. Karl Marx und Friedrich Engels. München 2006 [1848]. 9–15.
- Menningen, Walter. *Ungleichheit im Wohlfahrtsstaat. Der Alva-Myrdal-Report der schwedischen Sozialdemokraten*. Reinbek 1971.
- Merkel, Wolfgang. »Durchregieren? Reformblockaden und Reformchancen in Deutschland«. *Zukunftsfähiges Deutschland. Sozialwissenschaftliche Analysen. WZB-Jahrbuch*. Hrsg. Jürgen Kocka. Berlin 2007a. 27–46.
- Merkel, Wolfgang. »Soziale Gerechtigkeit im OECD-Vergleich«. *Soziale Gerechtigkeit – eine Bestandsaufnahme*. Hrsg. Stefan Empter und Robert B. Vehrkamp. Gütersloh 2007b. 233–257.
- Merkel, Wolfgang, et al. *Die Reformtätigkeit der Sozialdemokratie. Herausforderungen und Bilanz der Regierungspolitik in Westeuropa*. Wiesbaden 2006.
- Miller, Danny. *The Icarus Paradox. How Exceptional Companies Bring About Their Own Downfall*. New York 1990.

- Miller, Danny. »The Architecture of Simplicity«. *Academy of Management Review* (18) 1992. 116–138.
- Mishler, William, und Richard Rose. »Trust, Distrust, and Scepticism«. *Journal of Politics* (59) 1997. 418–451.
- Müller-Armack, Alfred. »Die Zweite Phase der Sozialen Marktwirtschaft. Ihre Ergänzung durch das Leitbild einer neuen Gesellschaftspolitik«. *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*. Hrsg. Alfred Müller-Armack. Freiburg 1960a. 267–289.
- Müller-Armack, Alfred. »Soziale Marktwirtschaft«. *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik*. Hrsg. Alfred Müller-Armack. Freiburg 1960b. 243–249.
- Müller-Armack, Alfred. »Stil und Ordnung der Sozialen Marktwirtschaft«. *Wirtschaftsordnung und Wirtschaftspolitik. Studien und Konzepte zur Sozialen Marktwirtschaft und zur Europäischen Integration*. Hrsg. Alfred Müller-Armack. Bern und Stuttgart 1976. 231–249.
- Nawroth, Egon Edgar. *Die Sozial- und Wirtschaftsphilosophie des Neoliberalismus*. Heidelberg 1962.
- Nelson, Richard R. *Recent Evolutionary Theorizing about Economic Change*. Cambridge 1995.
- Newton, Kenneth, und Heiko Giebler. »Patterns of Participation/Political and Social Participation in 22 Nations«. *WZB-Discussion Paper*, SP IV. 2008.
- Niejahr, Elisabeth, und Lukas Heiny. »Gefördert wird erst übermorgen«. *Zeit online* 1. www.zeit.de/2005/01/Chaos. 2004 (Download 8.10.2010).
- Nipperdey, Thomas. *Deutsche Geschichte 1866–1918. Erster Band: Arbeitswelt und Bürgergeist*. München 1998.
- Nonnenmacher, Peter. »Kahlschlag mit Lächeln«. *Zeit online* 44. www.zeit.de/2010/44/Grossbritannien-Premierminister-Cameron?page=all. 2010 (Download 11.11.2010).
- North, Douglass C. *Institutions, Institutional Change and Economic Performance*. Cambridge 1990.
- Öberg, Perola, und Torsten Sevansson. »Power, trust and deliberation in Swedish labour market politics«. *Economic and Industrial Democracy* (23) 2002. 451–490.
- OECD. *Bildung auf einen Blick*. Paris 2010. [www.oecd.org/document/8/0.3746.de349685703html](http://www.oecd.org/document/8/0,3746,de349685703html) (Download 22.11.2010).
- Opielka, Michael. *Gemeinschaft und Gesellschaft. Soziologie nach Hegel und Parsons*. Wiesbaden 2004.
- Opielka, Michael. »Bildungsreform und Sozialreform. Der Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik«. *Bildungsreform als Sozialreform. Zum Zusammenhang von Bildungs- und Sozialpolitik*. Hrsg. Michael Opielka. Wiesbaden 2005. 127–155.
- Ostrom, Elinor. »An agenda for the study of institutions«. *Public Choice* (48) 1986. 3–25.
- Parsons, Talcott. *The Structure of Social Action*. New York 1968.

- Parsons, Talcott, und Neil Smelser. *Economy and Society*. Glencoe 1956.
- Petring, Alexander. »Großbritannien«. *Die Reformfähigkeit der Sozialdemokratie*. Hrsg. Wolfgang Merkel, Christoph Egle, Christian Henkes, Tobias Ostheim und Alexander Petring. Wiesbaden 2006. 110–148.
- Pierson, Paul. »Three Worlds of Welfare State Research«. *Comparative Political Studies* (33) 6/7 2000. 791–821.
- Plasser, Fritz, und Andreas Pribersky. *Political Culture in East Central Europe*. Aldershot 1996.
- Polanyi, Karl. *The great Transformation. The Political and Economic Origins of Our Time*. 2. Auflage. Boston 2001 [1944].
- Puhle, Hans-Jürgen. »Die Konstruktion neuer Sozialstaaten in der Auseinandersetzung mit alten Modellen: Pfadabhängigkeiten, Entscheidungen und Lernprozesse«. *Sozialstaat Deutschland. Geschichte und Gegenwart*. Hrsg. Ulrich Becker, Günther Hockerts und Klaus Tenfelde. Marburg 2010. 197–212.
- Putnam, Robert. *Making Democracy Work*. Princeton 1993.
- Putnam, Robert. *Bowling Alone: The Collapse and the Revival of American Community*. New York 2000.
- Ranelagh, John. *Thatcher's People: An Insider's Account of the Politics, the Power, and the Personalities*. London 1991.
- Rhodes, Martin. »The Political Economy of Social Pacts«. *The New Politics of the Welfare State*. Hrsg. Paul Pierson. Oxford 2001. 165–194.
- Ritter, Gerhard A. *Der Sozialstaat. Entstehung und Entwicklung im internationalen Vergleich*. München 1989.
- Röpke, Wilhelm. *Civitas Humana. Grundfragen der Gesellschafts- und Wirtschaftsreform*. 4. Auflage. Bern und Stuttgart 1979 [1944].
- Rohe, Karl. »Politische Kultur: Zum Verständnis eines theoretischen Konzepts«. *Politische Kultur in Ost- und Westdeutschland*. Hrsg. Oskar Niedermayer und Klaus von Beyme. Berlin 1994. 1–21.
- Rose, Richard. »Common goals but different roles. The state's contribution to the welfare mix«. *The Welfare State East and West*. Hrsg. Richard Rose und Rei Shiratori. New York 1986. 13–40.
- Rothstein, Bo. *Just Institutions Matter: The moral and political logic of the universal welfare state*. Cambridge 1998.
- Rüstow, Alexander. »Zwischen Kapitalismus und Kommunismus«. *ORDO – Jahrbuch für die Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft* (2) 1949. 100–169.
- Scharpf, Fritz W. *Sozialdemokratische Krisenpolitik in Europa*. Frankfurt 1987.
- Scharpf, Fritz W. »Economic Change, Vulnerabilities and Institutional Capabilities«. *Welfare and Work in the Open Economy – From Vulnerability to Competitiveness*. Hrsg. Fritz W. Scharpf und Vivien Schmidt. Oxford 2000. 21–124.
- Scharpf, Fritz W., und Vivien A. Schmidt. »Introduction to Vol. 2«. *Welfare and Work in the Open Economy. Vol. 2. Diverse Responses to Common Challenges*. Hrsg. Fritz Scharpf und Vivien A. Schmidt. Oxford 2000a. 1–18.

- Scharpf, Fritz W., und Vivien A. Schmidt. »Conclusions«. *Welfare and Work in the Open Economy. Vol. 2. Diverse Responses to Common Challenges*. Hrsg. Fritz Scharpf und Vivien A. Schmidt. Oxford 2000b. 310–336.
- Schettkatt, Ronald, Friedrich Buttler, Wolfgang Franz und David Soskice. *Institutional Frameworks and Labor Market Performance*. London und New York 1995.
- Schmid, Josef. *Wohlfahrtsverbände im modernen Wohlfahrtsstaat. Entwicklungen und Vergleich nationaler Konfigurationen in Deutschland, den Niederlanden, Großbritannien und Schweden*. Opladen 1996.
- Schmid, Josef. *Wohlfahrtsstaaten im Vergleich. Soziale Sicherung in Europa: Organisation, Finanzierung, Leistungen und Probleme*. Wiesbaden 2010.
- Schmidt, Manfred G. »Immer noch auf dem \«mittleren Weg\»? Deutschlands Politische Ökonomie am Ende des 20. Jahrhunderts«. *Von der Bonner zur Berliner Republik*. Hrsg. Roland Czada und Helmut Wollmann. Wiesbaden 2000. 491–513.
- Schmidt, Manfred G. »Ursachen und Folgen wohlfahrtsstaatlicher Politik: Ein internationaler Vergleich«. *Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil*. Hrsg. Manfred G. Schmidt. Opladen 2001. 33–53.
- Schmidt, Manfred G. »Rot-grüne Sozialpolitik (1998–2002)«. *Das rot-grüne Projekt. Eine Bilanz der Regierung Schröder 1998–2002*. Hrsg. Christoph Egle, Tobias Ostheim und Reimut Zöhlhörer. Wiesbaden 2003. 239–258.
- Schmidt, Manfred G. *Wörterbuch zur Politik*. Stuttgart 2004.
- Schönig, Werner, und Heinz Theisen. »Arbeitsmarkt und Sozialpolitik in Deutschland und Europa zwischen neuer Mitte und neuem Populismus«. *Aus Politik und Zeitgeschichte B46/47 2002*. 36–45.
- Schüller, Alfred. »Soziale Marktwirtschaft und Dritte Wege«. *ORDO – Jahrbuch für Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft (51) 2000*. 169–202.
- Schulze, Isabelle, und Sven Jochem. »Germany: Beyond Policy Gridlock«. *The Handbook of West European Position Politics: Political Institutions and Policy Outcomes in Comparative Perspectives*. Hrsg. Ellen M. Immergut, Karen Anderson und Isabelle Schulze. Oxford 2007. 660–710.
- Schuppert, Gunnar Folke. »Aktivierender Staat und Zivilgesellschaft. Versuch einer Verhältnisbestimmung«. *Das Öffentliche heute. Kolloquium zu Ehren von Alfred Rincken*. Hrsg. Gerd Winter. Baden-Baden 2002. 101–126.
- Schuppert, Gunnar Folke. »Gemeinwohl und Staatsverständnis«. *Zwischen Eigennutz und Gemeinwohl. Neue Formen und Wege der Gemeinnützigkeit*. Hrsg. Helmut Anheier und Volker Then. Gütersloh 2004. 25–59.
- Schwedisches Institut. *Tatsachen über Schweden. Die Gleichstellung von Männern und Frauen*. Stockholm 2003.
- Sen, Amartya. *Commodities and Capabilities*. Amsterdam 1985.
- Sen, Amartya. *Ökonomie für den Menschen. Wege zu Gerechtigkeit und Solidarität in der Marktwirtschaft*. München 2000.

- Senge, Peter. *Die Fünfte Dimension. Kunst und Praxis lernender Organisation*. Stuttgart 1996.
- Sesselmeier, Werner, und Gabriele Somaggio. »Funktionswandel der Arbeitsmarktpolitik«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* (27) 2009. 9–14.
- Siegel, Nico A. »Sozialpolitik«. *Vergleichende Regierungslehre. Eine Einführung*. Hrsg. Hans-Joachim Lauth. Wiesbaden 2002. 345–365.
- Siegel, Nico A. »Welten des Wohlfahrtskapitalismus und Typen wohlfahrtsstaatlicher Politik«. *Der Wohlfahrtsstaat. Eine Einführung in den historischen und internationalen Vergleich*. Hrsg. Manfred G. Schmidt, Tobias Ostheim, Nico A. Siegel und Reimut Zohlnhöfer. Wiesbaden 2007. 260–276.
- Siegel, Nico A., und Sven Jochem. »Staat und Markt im internationalen Vergleich – Empirische Mosaiksteine einer facettenreichen Arbeitsverschränkung«. *Politik und Markt. PVS, Sonderheft 34*. Hrsg. Roland Czada und Reinhard Zintl. Wiesbaden 2003a. 351–388.
- Siegel, Nico A., und Sven Jochem. »Konzertierung im Wohlfahrtsstaat«. *Konzertierung, Verhandlungsdemokratie und Reformpolitik im Wohlfahrtsstaat. Das Modell Deutschland im Vergleich*. Hrsg. Sven Jochem und Nico A. Siegel. Opladen 2003b. 331–359.
- Sturm, Roland. »Der Dritte Weg – Königsweg zwischen allen Ideologien oder selbst unter Ideologieverdacht?« *Aus Politik und Zeitgeschichte* B16/17 2001. 3–5.
- Sturm, Roland. »Das politische System Großbritanniens«. *Die politischen Systeme Westeuropas*. Hrsg. Wolfgang Ismayr. Wiesbaden 2009. 265–306.
- Taylor-Gooby, Peter, und Rose Martin. »Sympathy for the poor, or why New Labour does good by stealth«. *British Social Attitudes: the 24th Report*. Hrsg. Alison Park et al. London 2008.
- Teichler, Ulrich. »The Changing Debate on Internationalization of Higher Education«. *Higher Education* (48) 2004. 5–26.
- Ulrich, Carsten G. »Aktivierende Sozialpolitik und individuelle Autonomie«. *Soziale Welt* (55) 2 2004. 145–158.
- Veil, Mechthild. »Kinderbetreuungs-Kulturen in Europa: Schweden, Frankreich, Deutschland«. *Aus Politik und Zeitgeschichte* B44 2003. 12–21.
- Veil, Mechthild. *Leitbilder in der Kinderbetreuung. Deutschland, Schweden und Frankreich im Vergleich*. Innsbruck, Bozen und Wien 2006. 27–39.
- Wehler, Hans Ulrich. »Der Aufstieg des Organisierten Kapitalismus und des Interventionsstaates in Deutschland«. *Organisierter Kapitalismus*. Hrsg. Heinrich A. Winkler. Göttingen 1974. 36–57.
- Weisbrod, Bernd. »Victorian Values«. *Arm und Reich im viktorianischen England*. Bochum 1987.
- Wilensky, Harold L. *Comparative Social Policy. Theories, Methods, Findings*. Berkeley 1985.

Zimmer, Annette. »Perspektiven des Wohlfahrts- und Sozialstaates in Deutschland«. *Metamorphosen des Leviathan? Staatsausgaben im Umbruch*. Hrsg. Irene Gerlach und Peter Nitschke. Opladen 2000. 91–113.

Zimmermann, Klaus F. *Neue Entwicklungen in der Wirtschaftswissenschaft*. Heidelberg 2002.

Zumbansen, Peer. *Ordnungsmuster im modernen Wohlfahrtsstaat. Lernerfahrungen zwischen Staat, Gesellschaft und Vertrag*. Baden-Baden 2000.

Die Autorin

Michaela J. Hölz

Michaela J. Hölz, Jahrgang 1983, ist Gastforscherin und ehrenamtliche Mitarbeiterin im Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt e.V. in Frankfurt am Main. Sie hat öffentliches Recht, Politik- und Religionswissenschaften in Heidelberg studiert. Derzeit promoviert sie über Zielbilder und Umsetzungschancen nachhaltiger Entwicklung.

© 2011 Bertelsmann Stiftung, Gütersloh
Verantwortlich: Dr. Jan Arpe
Lektorat: Heike Herrberg
Herstellung: Christiane Raffel
Umschlaggestaltung: Bertelsmann Stiftung
Umschlagabbildung: Thomas Kunsch
Illustrationen: Anna Luise Sulimma, TrendSketcher
Satz und Druck: Hans Kock Buch- und Offsetdruck GmbH, Bielefeld

www.bertelsmann-stiftung.de/zukunft-soziale-marktwirtschaft

